

SAZ

Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

- Japanisches Flugzeug-Bombardement
- Nazi-Terror auch gegen Zentrum
- Die täglichen Zeitungsverbote
- Schlesische SPD-Funktionäre verhaftet
- Akademie der Feiglinge
- Die Kleist-Legende
- Die Frauenmörder von Dortmund

Schlag gegen weltliche Schulen

Abbau ab Ostern — Gleichzeitig Einführung des Religionsunterrichtes in Fach- und Fortbildungsschulen

Berlin, 22. Februar.

WTB. Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet:

Die Kommissare des Reiches für das Land Preußen stimmten in der heutigen Staatsministerialsitzung einem Vorschlage des Reichskommissars für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu,

einen Abbau der sogenannten weltlichen Schulen (Sammelschulen) ab Ostern 1933 in die Wege zu leiten.

Sie haben außerdem grundsätzlich ihr Einverständnis dazu erklärt, daß der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in den Berufsschulen und Fortbildungsschulen

eingeführt wird. Die näheren Durchführungsbestimmungen sind in Vorbereitung.

Mit dem Beschluß zum Abbau der weltlichen Schulen wird eine Einrichtung vernichtet, die sich die organisierte Arbeiterschaft in langjährigen Kämpfen und mit den größten Opfern der proletarischen Elitenschaft erungen hatte. Die Einrichtung der weltlichen Schulen war ein wahrlich bescheidenes Zugeständnis an den Teil der Bevölkerung, der nach seiner Ueberzeugung mit der Kirche, ihren Anschauungen und Einrichtungen gebrochen hatte. Wenn jetzt die Regierung unter der Führung nationalsozialistischer Minister auch diese Errungenschaften der Arbeiterbewegung zerstört, so ist dies ein neuer Beweis für die unduldsame Brutalität, mit der der Faschismus alles zerschlägt, was der organisierten Arbeiterschaft wertvoll ist.

Der Abbau der weltlichen Schulen wird, nach den bisher vorliegenden Mitteilungen, in Preußen etwa hunderttausend Schüler betreffen. Mehrere hundert weltliche Schulen werden aufgelöst werden, und nach

Verwirklichung einer alten Zentrumsforderung einen Wahlerfolg in katholischen Kreisen und auch sonst bei dem stark kirchlich gebundenen Teil der Bevölkerung erzielen zu können.

Es ist bezeichnend, daß die Nationalsozialisten überall, wo sie zur Regierung kommen, den größten Wert auf die Durchführung kulturreaktionärer Maßnahmen legen. Wenn unsere Gegner dem Gebiet der Kulturpolitik

eine solche Bedeutung beimessen, so kann die Arbeiterschaft daraus nur lernen. Große Teile des Proletariats haben in der Vergangenheit leider den Kampf an der kulturpolitischen Front für nebensächlich gehalten und auf diesem Gebiet durchaus nicht die notwendigen Energien entwickelt. Auch in dieser Beziehung wird also die Arbeiterklasse für die Zukunft wichtige Konsequenzen zu ziehen haben.

Überfall auf Grzesinski

WTB. Reichenbach, 23. Februar.

Die SPD hatte für Mittwochabend zu einer Wahlversammlung in Langenbielau eingeladen, in der der frühere Innenminister Grzesinski sprechen sollte. Der Saal mußte wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen werden, so daß auch etwa 200 Nationalsozialisten nicht mehr eingelassen werden konnten. Beim Einbiegen des Kraftwagens Grzesynski nach dem Versammlungsgrundstück wurde der Wagen von Nationalsozialisten umringt und eine Scheibe des Autos eingedrückt. Auch sollten Grzesynski und der Chauffeur Verletzungen davongetragen haben. Da die Versammlung unruhig zu verlaufen drohte, wurde sie von dem Polizeikommissar aufgelöst. Später ereigneten sich auf der Straße noch Zusammenstöße, bei denen ein Nationalsozialist und ein Reichsbannermann Stichverletzungen davontrugen.

Otto Stammer und ein ganzer SPD-Kursus verhaftet

Schweidnitz, 23. Februar.

WTB. Am Mittwoch wurde in einem Lehrkursus der SPD und der freien Gewerkschaften, der für Arbeitslose in Kaltbrunn eingerichtet ist, von Kriminalbeamten und einem Ueberfallkommando aus Waldenburg 20 Kursusteilnehmer und ihr Lehrer Dr. Otto Stammer unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftet und ins Schweidnitzer Gerichtsgefängnis eingeliefert. Auch der sozialdemokratische BezirksparteiSekretär Stadtrat Willi Hoppe, Schweidnitz, wurde verhaftet.

Parteikurse unter Polizei-Diktatur

Am Montag, den 20., fand in Köln-Kalk ein Kursusabend der dortigen SAP-Gruppe statt. Kurz nach Beginn des Kursusabends stürmten mehrere Kriminalbeamte mit dem Ruf „Hände hoch“ in das Lokal und erklärten die „Versammlung“ für aufgelöst. Nach eingehender Leibensvisitation mußten die Genossen (23 an der Zahl) mit hoherhohen Händen (!) ein Spalier von Schupo-Beamten passieren, um dann, eskortiert von ca. 30 Beamten, die Fahrt zum Polizei-Präsidium anzutreten. Nach Feststellung der Personalien wurden die Genossen gegen Mitternacht entlassen.

Neues ADGB-Bittgesuch bei Hindenburg

Berlin, 22. Februar.

Der zweite Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Peter

Gräßmann, hat an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er Stellung nimmt zu dem Polizeierlaß des Reichskommissars Göring. Gräßmann erklärt, dieser Erlaß schaffe zweierlei Recht in Deutschland. Er protestiert gegen den Erlaß, da auch im Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund sich Hunderttausende von Frontkämpfern befinden, die sich nicht von amtlichen Stellen als nicht staatsaufbauende Kräfte bezeichnen lassen könnten. Zum Schluß appelliert der Brief an den Herrn Reichspräsidenten, als Führer der Frontsoldaten aus dem Weltkriege, diese vor politischer Benachteiligung zu schützen.

Die Unterdrückung der ganzen Arbeiterklasse ist also für die ADGB-Führung eine Frage der — Frontsoldaten. Haben die Gräßmann überhaupt noch ein Gefühl dafür, wie würdelos diese Bettelei ist, ganz davon abgesehen, daß ihnen nach ihren bisherigen unzähligen Bittgesuchen die Zwecklosigkeit ihrer Kniereiserei bekannt sein dürfte. Einen kampfentschlossenen Gegner respektiert man, einem Bettler schlägt man die Tür vor der Nase zu.

Bergarbeiterstreik in Polnisch-Oberschlesien

Kattowitz, 22. Febr. (Eig. Meld.)

CNB. Zum Protest gegen die Entscheidung des Demobilisierungskommissars, die Friedensgrube teilweise stillzulegen, wodurch 1000 Bergarbeiter und 47 Angestellte entlassen werden, beschloß eine Belegschaftsversammlung der Friedensgrube am Montag nachmittag in den Streik zu treten. Der Streikbeschuß wurde sofort durchgeführt, indem die gesamte Belegschaft sich auf der Anlage der Grube befand, ohne jedoch einen Handgriff zu tun. Lediglich die Notstandsarbeiten werden ausgeführt. Es ist wahrscheinlich, daß sich auch die Angestellten diesem „italienischen Streik“ anschließen werden. An die Nachbargruben und anderen Betriebe der Rudner Steinkohलगewerkschaft wurden Abordnungen gesandt, um die Belegschaften dieser Betriebe gleichfalls zum Beitritt in die Streikbewegung aufzufordern. Der Streik soll so lange fortgesetzt werden, bis die endgültige Stellungnahme der Gewerkschaften vorliegt. Die Streikenden werden von ihren Angehörigen versorgt, bleiben aber auch über die Nacht im Betrieb.

Auf einer Konferenz aller Bergarbeiterverbände wurde einheitlich gegen den neugeplanten Lohnabbau Stellung genommen und für kommenden Sonntag eine große Betriebsrätekonferenz einberufen, in der der allgemeine Proteststreik beschlossen werden soll.

Demokratie und Klassenherrschaft

Eine Lektion für die deutsche Arbeiterklasse

„Dieser Erlaß (Görings Polizeierlaß) stempelt für die Polizei jeden Gegner der genannten Organisationen zum Feind. Gleichzeitig zwingt er die Polizei in eine Rolle, für die es im modernen Staatsleben nur zwei Beispiele gibt, Italien und Rußland!“

SPD-„Volkswacht“ vom 21. Februar.)

Jeder denkende Proletarier, ja jeder nicht-faschistische Bürgerliche muß sich beim Lesen dieser Zeilen aus einem sozialdemokratischen Blatt an den Kopf fassen und sich fragen: „Sind denn diese Leute völlig verrückt, begreifen die SPD-Führer auch dann noch nicht, wenn ihnen der Strick zum Aufhängen schon um den Hals liegt?“

Ausgerechnet in dem Augenblick, wo die Polizei offen in ein rein parteiliches, faschistisches Organ verwandelt wird, wo der Polizei von höchster Stelle befohlen wird, aufs schärfste gegen alle nichtfaschistischen Staatsbürger vorzugehen gegen kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter und Organisationen vorzugehen und sich nicht gegen SA- und SS-Ausschreitungen zu wenden, ausgerechnet in diesem Augenblick wissen sozialdemokratische Redakteure nichts besseres zu tun, als den Blutterror Mussolinis gegen die Arbeiter mit dem Regime des einzigen sozialistischen Arbeiterstaates, der Sowjetunion, zu vergleichen! Sie schlagen damit statt gegen den Faschismus ihren klassenmäßigen Leidens- und Bundesgenossen, ungezählten Millionen von Proletariern, ins Gesicht.

Wenn aber jemand glauben sollte, daß es sich hier um eine Entgleisung eines einzelnen Redakteurs handelt, dann stimmt das leider nicht. Es handelt sich hier vielmehr um eine grundsätzliche sozialdemokratische Linie. Z. B. wird dieser Tage in den freien Gewerkschaften ganz Deutschlands eine Broschüre „Klassenverrat“ des ADGB-Vorstandes gratis verteilt. Dort wird gegen das, auch nach unserer Auffassung falsche „Protokoll“ über angebliche ADGB-Verhandlungen mit Papen, Schleicher und der NSDAP Stellung genommen. Aber dann wird auf Seite 11 folgendes erklärt:

„Für die Arbeiter ist es ganz gleichgültig, ob sie die bolschewistische oder die faschistische Knute zu kosten bekommen. Knute bleibt Knute und Knechtschaft bleibt Knechtschaft, gleichgültig, ob Hitler oder Thälmann in Deutschland regiert.“

Jeder, auch der ehrliche sozialdemokratische Arbeiter wird und muß sich über diese klassenverräterische und auch den Interessen des ADGB und der SPD ins Gesicht schlagende Auffassung entrüsten. Damit ist aber nichts oder nicht viel erreicht. Es handelt sich hier um viel mehr. In dieser Auffassung und Stellungnahme liegt die ganze grundsätzliche sozialdemokratische Politik und Taktik seit 1918 begründet. Darin liegt die Ursache der unzähligen Niederlagen und der Spaltung des deutschen Proletariats, liegt die Ursache für den heutigen Triumph des konterrevolutionären Faschismus.

Diese sozialdemokratische Auffassung vertritt, daß die SPD- und ADGB-Führung auch jetzt noch nicht den Zusammenhang von bürgerlicher „Demokratie“ und Klasseninteressen begriffen hat, nicht begreifen will. Ihre Staatsauffassung ist auch heute noch die der formalen bürgerlich-liberalen Demokratie. Diese „Demokratie“ schließt nach ihren Begriffen „Gerechtigkeit gegen jedermann“, überparteiliche „Neutralität“ und Gewährung „uneingeschränkter Freiheit für jeden Bürger“ durch die Staatsorgane in sich, unter Ausschaltung jeder Wahrnehmung von Klasseninteressen durch den Staat.

Nach dieser Theorie versuchte die SPD vom 9. November an zu regieren. Dieser Theorie zufolge setzte sie sich schon am 10. November 1918 für die Wahl der Nationalversammlung ein. Befestigung und Ausbau der Macht der Arbeiterräte wäre doch „einseitige Klassenherrschaft“ gewesen. Dieser Theorie zufolge sollte die Sozialisierung nicht „einseitig“ von der Arbeiterklasse, sondern

Japanisches Flugzeugbombardement

London, 23. Februar. (Reuter.) Japanische Flugzeuge haben die Provinz Chaoyang bombardiert und Japanner schaffen jetzt Truppenmaterial nach der Eisenbahnstation Nanling führt. Eine japanische Suichung an der Grenze stationiert ist, soll sich in Bewegung bewegen.

In der jetzigen Regierung zweifeln, daß die und die weltlichen unen und Maßnahmen werden. Berufs- und Fortbildungsunterricht als ihren, zeigt, wie die Klasse er tiefen Krise des des selbständigen proletarischen „Dem Volke beiben“ — dieses zigen Macht gemacht. mit dieser

parlamentarisch „vom ganzen Volk“ durchgeführt werden. Nach dieser Theorie ließ man zunächst alle Machthaber des alten Regimes, die Generale, Offiziere, Landräte, Richter, Staatsanwälte, Schuldirektoren usw., soweit sie das Gesetz nicht verletzt, auf ihrem Posten. Erst allmählich sollte und wurde auch tatsächlich eine Anzahl derartiger Posten mit „Arbeitervertretern“ besetzt.

Die SPD dachte in ihrem „Gesetzlichkeits- und Gerechtigkeits“-Dusel nicht daran, diese Posten sofort durch proletarische Klassenvertreter zu besetzen, sie dachte nicht daran, die Organe und Organisationen der alten kapitalistisch-monarchistischen Macht zu unterdrücken und auszulöschen. Das wäre doch „parteilich“, „ungerecht“ gewesen.

Dabei ergab sich sehr schnell das eigenartige, daß die SPD-Führung zur Aufrechterhaltung dieses „freien“ Staates, dieser „Gerechtigkeit“, nur gegen die Arbeiter vorgehen „mußte“, weil die Massen unter dieser „Gerechtigkeit“ vom Kapital weiter ausgebeutet und zum Verenden verurteilt wurden. Die SPD-Führung „mußte“ diese rebellierenden Arbeitermassen im Interesse „ihres“ Staates mit Hilfe der staatlichen Machtmittel niederschlagen. Sie „mußte“ zu diesem Zweck immer mehr Konzessionen an die bürgerlichen Parteien, an die Kirche, an die Militärkaste usw. machen. Sie „mußte“ z. B. ihre eigenen Freidenkergesellschaften unterdrücken und den Pfaffen dicke Subventionen, Gehälter und immer mehr Rechte einräumen. Sie tat das nicht gerne, aber im Interesse „ihres“ Staates, ihrer Staatsauffassung, ergab sich zwingend ein aus dem andern. Sie glaubten, für „das Volk“ zu regieren und merkten gar nicht, daß sie nur für das Kapital regierten.

Kurz, weil die SPD die „Demokratie“, den „überparteilichen Staat“ über die Klasse stellte, aus der sie selbst hervorging, deshalb „mußte“ sie nicht nur den kapitalistischen Staat wieder aufbauen und die rebellierenden Arbeitermassen immer wieder niederschlagen, sondern auch gleichzeitig ihren eigenen Henker, der Reaktion, dem Faschismus, in den Sattel helfen.

Jetzt, da die Reaktion im Sattel sitzt, wird der SPD und ihren Ministern, Polizeipräsidenten usw. etwas unsanft beigebracht, was Klassenregiment bedeutet. Die Nazis und Junker haben für das SPD-Geschrei über „Ungerechtigkeit“ und „Verfassungsbruch“ nur Hohn und Spott übrig. Jetzt zeigt Göring mit seinem Polizeierlaß offen den kapitalistischen Klassencharakter der staatlichen Machtorgane, wie das Mussolini schon vor 10 Jahren tat.

Nun aber, statt endlich zu erkennen, um was es hier geht, kommen diese SPD-Redakteure und vergleichen das Regime Görings und Mussolinis — mit Rußland!

Ja, in der Sowjetunion herrscht nicht die sozialdemokratisch-bürgerliche „Neutralität“, nicht die phrasenhafte „Freiheit“, die nichts anderes darstellt als kapitalistische Freiheit der Ausbeutung, Unterdrückung und Verdummung der proletarischen Volksmasse; in Sowjetrußland besteht „auch“ Klassenherrschaft, aber im schroffsten Gegensatz zu Hitler-Göring-Deutschland und Mussolinien, die Klassenherrschaft des Proletariats und im Interesse des Proletariats.

Und ihr sozialdemokratischen Führer, die ihr ganz zu Unrecht als Marxisten „beschimpft“ werden, wenn ihr nur das ABC des Marxismus begriffen, ja nur einige Seiten der elementaren Schriften von Marx mit Verstand gelesen hättet, dann müßtet ihr wissen, was Marx schon im „Kommunistischen Manifest“ über Staat und Klassenherrschaft sagte. Er schreibt dort:

„Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrheit im Interesse der ungeheuren Mehrheit. Das Proletariat kann sich nicht erheben, nicht aufrichten, ohne daß der ganze Ueberbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird.“

Die proletarische Diktatur im Interesse der ungeheuren Mehrheit, das ist das, was in Rußland herrscht. In Deutschland und Italien und mit verschiedenen Nuancierungen in allen kapitalistischen Staaten herrscht aber die Diktatur über die ungeheure Mehrheit der erarbeitenden Bevölkerung im Interesse der kleinen Minderheit der kapitalistischen Oberschicht. Weil die Bolschewiken diese elementare Lehre von Marx nicht nur begriffen, sondern angewandt haben, deshalb siegen sie, und die Sozialdemokratie in Westeuropa verlor trotz viel günstigerer Chancen als in Rußland deshalb überall, weil sie Marx im entscheidenden Punkt verleugnete.

Unentscheidbar, aber schließlich erklärbar ist, daß die SPD-Führer bisher, solange sie Minister spielen konnten, diesen Sachverhalt nicht begriffen wollten. Wenn sie aber auch jetzt noch an ihrer katastrophalen Auffassung festhalten, wenn sie jetzt, nachdem die Fehlerhaftigkeit ihrer Politik durch die Tatsache der völligen Niederlage erwiesen ist, weiter gegen die Sowjetunion hetzen und als Kampfbroschüre herausgeben: „Zurück zu Weimar“, dann muß auch der letzte Proletarier erkennen, daß er dieser Führung keinen Schritt weiter folgen kann. Es gibt und kann kein „Zurück zu Weimar“ geben. Selbst nach einer Niederlage des Faschismus müßte und könnte ein „neues Weimar“ nur den Wiederaufstieg und den erneuten Sieg des Faschismus bringen. Nein, der Faschismus kann nicht mit „Zurück zu Weimar“, sondern nur mit „Vorwärts im Sinne von Marx“ geschlagen und überwunden werden.

Das ist die geschichtliche Lektion, die dem deutschen Proletariat in diesen Tagen mit den grausamen Schlägen der faschistischen Konterrevolution eingehämmert wird.

Nazis sprengen Zentrums-Versammlungen

Unerhörte Ausschreitungen - Stegerwald niedergeschlagen Schwere Anklagen des Zentrums gegen die Polizei

In einer Versammlung der Zentrums-Partei in Krefeld ist es durch die Schuld von Nationalsozialisten, die unberechtigterweise in den Saal eingedrungen waren, zu schweren Tumulten gekommen, bei denen der Redner des Abends, der frühere Reichsarbeitsminister Stegerwald, durch Fausthiebe niedergeschlagen wurde. Ueber die Vorgänge berichtet im einzelnen folgendes im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte Beschwerdetelegramm, das die Krefelder Zentrums-Partei an den Reichsminister Göring als den kommissarischen Leiter des Ministeriums des Innern gesandt hat:

„Die Zentrums-Partei Krefeld war heute abend in einer geschlossenen Parteikundgebung in der Stadthalle versammelt. Redner war Reichsminister a. D. Dr. Stegerwald. Die Versammlung wurde

mit Vorbedacht von Nationalsozialisten gesprengt.

Es hatte sich ein Trupp von Nationalsozialisten, zum Teil mit gefälschten Eintrittskarten, zum Teil mit Gewalt, Einlaß verschafft. Dieser Trupp verteilte sich auf der Galerie. Zu Beginn der Versammlung wurde daher nochmals der geschlossene Charakter als Zentrumsversammlung betont. Nichtanhänger wurden zum Verlassen des Saales aufgefordert. Kurz nach Redebeginn des Reichsministers a. D. Stegerwald wurde ohne jede Veranlassung nach plötzlich inszeniertem Geheul und Gebrüll eine Platzbombe von der Galerie auf die Rednertribüne geworfen.

Sie explodierte dicht neben Stegerwald, dem der Wurf galt. Dann gaben

sich die auf der Galerie stehenden Nationalsozialisten durch Ausziehen der Mäntel als SA-Leute zu erkennen. Die entstehende begriffliche Aufregung wurde durch weitere organisierte Störungen systematisch gesteigert. Mittlerweile trat die vor dem Versammlungsort stehende Schutzpolizei in den Saal.

Die Polizei wußte die Ruhestörer auf der Galerie nicht zu bändigen.

Die mit dem Polizeihauptmann vereinbarte Säuberung der Galerie erfolgte nur langsam. Dabei traten die sich auf ihre Uniform berufenden Ruhestörer dem gütlichen Einwirken der Beamten mit tätlichem Widerstand entgegen.

Sie konnten dabei ohne Behinderung durch die dicht neben ihnen stehenden Beamten eine große Anzahl von Stühlen auf die Versammlungsteilnehmer schleudern.

Die Ruhestörer, verstärkt durch weitere Trupps drangen dann in den Saal und hieben dort mit Stühlen auf die Besucher ein.

Die Polizei sah diesen Vorgängen zu, ohne die Angegriffenen zu schützen.

Ein Stoßtrupp, von dem ein Mann einen Revolver in der Hand trug, erstürmte die Tribüne und

schlug Stegerwald mit Kopfhieben nieder. Dem sah die Polizei tatenlos zu.

Wir protestieren, Herr Reichskommissar, gegen diese unter den Augen der Polizei geschehenen Vorkommnisse, die sich weder zur Zeit der Räteherrschaft noch zur Zeit des separatistischen Gesindels, das unter

Wieder zahllose Zeitungsverbote

Magdeburg, 22. Februar. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die in Zeit erscheinen Tageszeitung „Volksbote, Sozialdemokratisches Organ für die Kreise Zeit, Weissenfels, Naumburg“ auf eine Woche verboten.

Stettin, 22. Februar. WTB. Der Oberpräsident der Provinz Pommern hat die in Kolberg erscheinende kommunistische Wochenzeitung „Der rote Leuchtturm“ bis einschließlich 25. März verboten. Das Verbot erfolgte wegen Veröffentlichung zweier Artikel, in denen eine „Verächtlichmachung des Reichskanzlers“ erblickt wird.

Braunschweig, 22. Februar. Der braunschweigische Minister des Innern hat die in Braunschweig herausgegebene periodische Druckschrift „Der Wähler“ auf die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom Donnerstag, den 23. Februar, bis Mittwoch, den 8. März 1933 einschließlich, verboten, weil durch den Inhalt der Nummer 2 der Druckschrift „leitende Beamte des Reiches beschimpft und böswillig verächtlich gemacht worden sind“. Es handelt sich um eine sozialdemokratische Druckschrift.

Frankfurt a. M., 22. Februar. Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau hat die in Frankfurt a. M. erscheinende kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes mit sofortiger Wirkung bis einschließlich 21. März 1933 verboten.

Dresden, 22. Februar. Die hiesige kommunistische Tageszeitung „Die Arbeiterstimme“ ist auf Grund des § 9 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes erneut für eine Woche, und zwar bis zum 28. Februar verboten worden.

Saalfeld, 22. Februar. Das sozialdemokratische Saalfelder „Volksblatt“, das bereits einmal verboten worden war, wurde jetzt vom thüringischen Innenministerium erneut, und zwar auf sieben Tage, verboten.

Berlin, 22. Februar. WTB. Der Polizeipräsident hat mit sofortiger Wirkung die in Berlin erscheinende periodische Druckschrift „Die Tribüne“ bis zum 20. August verboten.

Krefeld, 22. Februar. WTB. Zu der Beschlagnahme der heutigen Ausgabe der „Niederrheinische Volkszeitung“ (Zentrumsblatt) teilt das Polizeipräsidium mit: Auf Grund des § 7 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Februar 1933 wurde die heutige Ausgabe der „Niederrheinische Volkszeitung“ polizeilich beschlagnahmt. Anlaß zu dieser Maßnahme gab die Veröffentlichung eines von der Zentrums-Partei Krefelds an den Reichskommissar für das preussische Innenministerium, Reichsminister Göring, gerichteten Telegramms, dessen Inhalt

geeignet ist, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden.

Aus diesem Grunde ist gleichzeitig die heutige Ausgabe des Dortmunder Generalanzeigers, in der dieses Telegramm ebenfalls veröffentlicht ist, im Polizeibezirk Krefeld-Uerdingen polizeilich beschlagnahmt worden.

Stuttgart, 22. Februar. Das Innenministerium hat den „Jungen Kämpfer“, Organ des kommunistischen Jugendverbandes (Opposition) in Stuttgart wegen „Beschimpfung und böswilliger Verächtlichmachung von Organen und leitenden Beamten des Staates“ auf zwei Monate verboten.

Gefährliche Flugblätter

Düsseldorf, 22. Februar. WTB. Die hiesige Polizeipressstelle teilt mit: In Verfolg der Nachprüfung von kommunistischen Druckereien über die Herstellung von verbotenen Schriften hat die Polizei heute in einer kommunistischen Druckerei in der Kölner Straße über 200 000 Flugblätter mit hochverrätherischem Inhalt beschlagnahmt und eingezogen. Die zur Herstellung dieser Schriften gebrauchten Formen und Platten wurden beschlagnahmt.

Entscheidungen des Reichsgerichts

Leipzig, 22. Februar. Vom 5. Strafsenat des Reichsgerichts wurden die Beschwerden gegen das Verbot der Berliner kommunistischen Zeitung „Die Rote Fahne“ und der „Arbeiterstimme“ in Dresden auf Kosten des Verlags als unbegründet verworfen.

Das Reichsgericht verwarf ferner die Beschwerde gegen das Verbot der Rostocker Zeitung „Volksrecht“ auf Kosten des Verlags mit der Maßgabe, daß das Verbot mit Ablauf des 25. Februar endet.

Auf Beschwerde des Verlags hob der 5. Strafsenat des Reichsgerichts das Verbot folgender Zeitungen auf: „Das Volk“ in Jena, „Ostthüringer Tribüne“ in Gera, „Mecklenburgische Volkszeitung“ in Rostock, „Das freie Wort“ in Schwerin, „Volksblatt“ in Wilhelmshaven-Rüstringen, „Rheinische Warte“ in Koblenz und „Schlesische Bergwacht“ in Waldenburg (Schl.).

Köln, 22. Februar. CNB. Wie die „Rheinische Zeitung“ mitteilt, ist das am 4. Februar gegen sie verhängte dreitägige Verbot vom Reichsgericht als unbegründet aufgehoben worden.

Berlin, 23. Februar. CNB. Der „Vorwärts“, der heute früh nach einwöchigem Verbot wieder erschienen ist, erklärt, daß das Verbot rechtsungültig sei, da seine Beschwerde nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist von fünf Tagen dem Reichsinnenministerium zugeleitet worden sei.

dem Schutz belgischer Bajonette gegen uns vorging, in Krefeld zugetrugen haben. Herr Reichskommissar! Daß Ihr Erlaß vom 17. Februar 1933 so mißverstanden oder ausgelegt werden?

Zentrums-Partei Krefeld.
(Bez.) Eugen Keussen.“

Von nationalsozialistischer Seite wurde versucht, die Berichterstattung über die Ausschreitungen in der Zentrumskundgebung zu beeinflussen. Wie aus Krefeld gemeldet wird,

drangen gegen 3,30 Uhr morgens uniformierte SA-Leute in das Gebäude des dortigen Zentrumsblattes, der „Niederrheinischen Volkszeitung“, ein,

als gerade die Morgenausgabe mit dem Bericht über die gestörte Kundgebung in Druck ging. Es gelang ihnen auch, den Vertrieb der Zeitung zu verhindern. Außerdem

beschlagnahmte die Polizei die ganze Morgenausgabe mit der Begründung, daß die Ruhe und Ordnung gefährdet sei.

Auch in Münster Tumulte

Auch in Münster, wo Oberpräsident Gronowski und Reichskanzler a. D. Dr. Wirth in einer Zentrumsversammlung sprechen wollten, kam es zu schweren Tumulten. Unmittelbar nach Beginn der Versammlung wurde festgestellt, daß die Lautsprecheranlage beschädigt war. Als gegen 8,30 Uhr Gronowski und Dr. Wirth erschienen, mischten sich in die Beifallrufe ihrer Anhänger nationalsozialistische Gegenrufe, auch wurde das Horst-Wessel-Lied gesungen.

Der Tumult artete fast an allen Ecken des Saales in Schlägereien aus. Einige Teilnehmer mußten mit dem Kraftwagen ins Krankenhaus transportiert werden.

Die Polizei beschränkte sich zunächst darauf, einzelne Ruhestörer aus der Halle zu entfernen. Als jedoch das Toben immer stärker wurde und man bei den Schlägereien auch dazu überging, sich der Stühle zu bedienen, wurde von der Polizei die Galerie der Halle geräumt. Erst mit einerinhalbstündiger Verspätung konnte dann die Versammlung beginnen.

Ein Aufruf Hitlers

Die Führung der Nationalsozialistischen Partei empfindet offenbar die Tätigkeit ihrer Anhänger in den Zentrumsversammlungen als peinliche politische Belastung. Allerdings will sie nicht wahrhaben, daß es echte Nationalsozialisten seien, die an der Störung von Zentrumsversammlungen beteiligt waren. Immerhin hält sie es für nötig, vor der Fortsetzung des Versammlungsterrors zu warnen. Hitler erläßt einen Aufruf, worin es heißt: „Provokatorische Elemente“ versuchten „unter dem Deckmantel der Partei“ durch Störung oder Sprengung insbesondere von Zentrumsversammlungen die nationalsozialistische Bewegung zu belasten. Er erwarte, daß alle Nationalsozialisten sich in äußerster Disziplin gegen diese Absichten wenden. Der Feind, der am 5. März niedergeworfen werden müsse, sei der Marxismus. Auf ihn habe sich die gesamte Propaganda und damit der gesamte Wahlkampf zu konzentrieren. Wenn das Zentrum in diesem Kampfe durch Angriffe gegen die Nationalsozialisten den Marxismus unterstütze, so werde er selbst von Fall zu Fall sich mit dem Zentrum auseinandersetzen, „diese Angriffe zurückweisen und damit erledigen“. Zum Schluß fordert Hitler seine Anhänger auf, keine gegnerischen Versammlungen zu besuchen.

Görings Auffassung

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: „Zu den Vorgängen in Krefeld erklärt der Kommissar des Reiches das preussische Innenministerium, Reichsminister Göring, daß er in einem Telegramm an die Zentrums-Partei Krefeld-Uerdingen die Untersuchung der bedauerlichen Vorfälle zugesichert hat, daß er ferner Maßnahmen getroffen hat, die in Zukunft so ähnliche Vorgänge zu verhindern geeignet sind. Die sichere Durchführung der polizeilichen Maßnahmen und die sichere Durchführung der polizeilichen Versammlungen gewährleisten.“

Unter gleichzeitigen Hinweis auf den Aufruf des Herrn Reichskanzlers an die NSDAP gibt der Reichsminister Göring mit allem Ernst und Nachdruck auf die nötigen Unterlagen bekannt, daß sich Gruppen von Provokateuren gebildet haben, innerlich mit der NSDAP und anderer Verbände Provokateuren hervorzurufen, die Einigkeit der Verbände zu stören und Zusammenstoß der Polizei herbeizuführen. Hierdurch so Herabsetzung des Ansehens der NSDAP des Stahlhelms erreicht werden. Es ausreichende Beweise dafür vor, daß Zeit die Kommunisten in form der SA und anderer Verbände Terror hervorzurufen haben.

Es ist naturgemäß sehr schwer, die kommunistischen Agenten, Spitzel und Terroristen vor ihren Terrorakten jedoch hat das Ministerium einen Spezialdienst gegen diese Elemente zugleich ist angeordnet, daß die Angehörigen der nationalsozialistischen Bewegung dem strengen und klaren nicht folgen, rückwärts gezogen und aus dem Leben entfernt werden. Das Braunsfeldgrau des Stahls zu einer vorbildlichen Wiederaufbau der Nation verpflichten.“

Die Taten, die Tag in Tag Arbeiter begangen die Behauptung, Kommentar zu dem erscheint.

Betrügereien en gros und en detail

Der sogenannte „Staubsaugerprozeß“ — Viele Nazis unter den Angeklagten

Eine in der Geschichte des Breslauer Prozeßwesens einzig dastehende Verhandlung erfuhr in den letzten Tagen ihren endgültigen Abschluß.

Die Berufungsverhandlung in dem sogenannten Staubsaugerprozeß. In der ersten Instanz wurde dieser groß angelegte Prozeß gegen nicht weniger

als 227 Angeklagte geführt und jetzt hatten sich über 20 Angeklagte in einer über 6 Wochen dauernden Verhandlung zu verantworten.

Den Angeklagten wurden Provisions- schwindel, Kredit-, Wechsel- und Grundstücks-Betrügereien, betrügerische Bankgründungen und anderes zur Last gelegt. Geschädigte ihrer strafbaren Handlungen waren ungefähr 110 Firmen und Geschäfte, darunter 3 Staubsauger-Firmen, die „Breslauer Gerichtszeitung“ und die „Breslauer Neuesten Nachrichten“. Das hiesige Arbeitsamt wurde durch die Betrügereien der Angeklagten in 2 Fällen, der Justiz- fiskus durch unberechtigte Entnahme von Zeugengebühren in 79 Fällen geschädigt.

Wir könnten über diesen Prozeß still-

Erziehungsbeihilfe zu setzen, erhielten einen Fragebogen, der eine genaue Angabe der Familien- und Vermögensverhältnisse der Bewerber forderte. Gleichzeitig wurde ihnen zur Bedingung gemacht, mit dem Fragebogen einen Betrag von 5 Mark einzusenden.

Der als Fischereidirektor und Hausbesitzer nobel auftretende Angeklagte kaufte sich ferner nicht weniger als drei Pelze im Werte bis 2500 Mark, die er auf Grund seines klingenden Titels auch ohne Barzahlung erhielt und dann aus Leihamt schaffte, um sie gegen einen möglichst hohen Barbetrag zu verpfänden.

Der Angeklagte Kretschmer, der das besondere Vertrauen eines auswärtigen Gastwirts genoß und von diesem auch erfahren hatte, daß er eine strafbare Steuerhinterziehung begangen habe, schlug aus diesem Wissen klingende Münze, indem er dem Angeklagten Koch von der Steuerhinterziehung Mitteilung machte, ihn als Finanzbeamten in des Gastwirts Wohnung schickte und für das Stillschweigen einen Betrag von 300 Mark erpreßte.

Sämtliche Angeklagten endlich betrieben einen schwindelhaften Handel mit Kriegs- und Sittenbüchern (I), die sie von verschiedenen Firmen, bei denen sie als Vertreter oder Kunden auftraten, auch ohne Barzahlung erhielten und unter Berufung auf ihre

nationale Gesinnung bei deutschen Familien zahlreich absetzten.

Ein besonders interessantes Delikt stellte ihr

Versicherungsschwindel dar. Hier ließ sich der eine Teil der Angeklagten zunächst bei den verschiedensten Gesellschaften als Vertreter einstellen, um dann den anderen Teil der Angeklagten gegen eine hohe Provision zu versichern. Die Versicherung stand natürlich nur auf dem Papier. Weitere Auftragscheine wurden einfach mit irgendwelchen Namen aus Adreßbüchern ausgefüllt und die Provision eingesteckt.

Es ist begreiflich, daß die Angeklagten bei ihrem einträglichen Geschäft ein behagliches Leben führen konnten. Einige, wie der Angeklagte Schulz, gaben sich sogar sehr noblen Passionen hin. Schulz war ein oft gesehener Gast bei den großen Rennplätzen im Reich und beteiligte sich mit hohen Wetten. Vor dem Gericht aber hatten die meisten einen Ottenbrunseid geleistet und sich damit jedes finanziellen Zugriffs durch die Steuerbehörde entzogen. Ein Teil der Betrüger hatte sich in einem besonderen

Kegeklubb „Böse Buben“

zusammengeschlossen. Mit dem Vertreter eines Berliner Verbrechervereins „Schwarzer Ring“ wurden eitrige Wechselbeziehungen unterhalten. Dieser Berliner Verein hatte sich auch erboten, die Verteidigung der Angeklagten durch Bereitstellung von Rechtsanwälten zu übernehmen und ihnen jede andere Unterstützung bei diesem Prozeß zu gewähren. Den Angeklagten wurde dabei erklärt, daß ihnen der Freispruch sicher sei, wenn sie ihre Verteidigung diesem Verein

vertrauensvoll überließen. Es berührt einen komisch, daß sich in den so abgebrühten Kleinbürgern in diesem Falle doch noch ein Rest von Schamgefühl aufblauete und das Ansehen des Berliner Verbrechervereins mit dem Bemerken abgelehnt wurde, man könne sich mit dem in Berliner Zuhälterkreisen so gut bekannten Verein nicht in so förmliche Verbindung bringen.

Der Prozeß verlief im allgemeinen sehr ruhig. Zu einer erregten Szene kam es nur, als der Angeklagte Dziuk auftrat und die Aufhebung des Urteils erster Instanz beantragte, weil der damalige Schlichter Bischoff mit einigen Angeklagten im Saalgelegen teilgenommen und ihnen dabei auch Beratungsgewinnnisse mitgeteilt haben soll (I). Dziuk, der sich in wüsten Beschimpfungen des Gerichts, des Staatsanwaltes und der Wachtmeister erging, mußte abgelührt werden.

Er verlegte sich aufs Simulieren, um den § 51 für sich in Anspruch zu nehmen.

In der ersten Verhandlungswoche wurde nur das 435 Seiten umfassende Urteilsbuch verlesen. Die Angeklagten schliefen dabei den Schlaf des Gerechten. Das Urteil folgte im allgemeinen den Anträgen der Staatsanwaltschaft und hat die Strafen erster Instanz bei fast sämtlichen Angeklagten herabgesetzt.

Im einzelnen wurden gegen die Hauptangeklagten folgende Strafen verhängt: Der Angeklagte Chotzen, in erster Instanz zu einem Jahr 10 Monaten Zuchthaus verurteilt, erhielt jetzt ein Jahr sechs Monate Gefängnis; der Angeklagte Gerber 2 Jahre, Koch 3 Jahre Gefängnis, Marcsiak und Schulz 2 Jahre drei Monate Gefängnis, Walzbruck 2 Jahre und Sternitzke 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen, drei Angeklagte amnestiert. Zuchthaus von 2 Jahren 6 Monaten erhielt in der Berufungsinstanz nur noch der Angeklagte Pietruschka.

Jung-Erwerbslose! Notwerk-Teilnehmer!

Heute, 20 Uhr, im Zentralballsaal, öffentliche Jugendversammlung

Schafft Hitler Arbeit?

Gegen Arbeitsdienst und Wehrpflicht

Genosse Werner Thalheim spricht. Veranstaltungsgruppe der PKG und „Rote Rufer“ wirken mit. Eintritt 5 Pfennige.

Aktionsgemeinschaft der proletarischen Jugend Breslau.

schweigend hinweggehen. Aber er bietet eine Fülle von Erscheinungen, die in

das wankende gesellschaftliche Gefüge der bestehenden kapitalistischen Ordnung

teil hineinleuchten und ein Licht auf die korrupten Mittel werfen, mit denen verzweifelte Existenzen heute um das nackte Dasein zu kämpfen genötigt sind. Die Angeklagten sind aus der Bahn geworfene Kleinbürger, die ökonomisch bereits proletarisiert, ideologisch zumeist der Partei der Schiffbrüchigen und Verzweifelten, der nationalsozialistischen Partei, angehören. Man hört, daß sich Schar- und Sturmführer sowohl wie einfache Mitglieder der Hitlerpartei in großer Anzahl unter den Angeklagten befinden. Von Beruf sind sie Händler, Kaufleute, Angestellte, durch die Krise erwerbslos geworden und nun von keinem anderen Bedürfnis besetzt, ihre nackte Existenz mit den Mitteln, die ihnen die bürgerliche Gesellschaftsordnung selbst in die Wiege gab, mit den Mitteln der rücksichtslosen und egoistischen Profitgier zu sichern. Ja, man muß sagen,

die Angeklagten haben die Methoden, mit denen in der heutigen kapitalistischen Ordnung Geld zusammengescharrt wird, gut gelernt.

So hat sich der eine, Leo Koch, mit faulen Wechseln ein Haus für 40 000 Mark gekauft und auch sofort nach Abschluß des Kaufvertrages mit der Einziehung der Miete begonnen, obwohl er nicht einmal der rechtmäßige Eigentümer war. Zwei leerstehende Wohnungen, über die nur das Wohnungsamt Verfügungsgewalt hatte, vermietete Koch sich den Mietsbetrag von dem ein auf ein ganzes Jahr, von dem an 10 Monate vorauszahlen. In den Z gab der geschäftstüchtige Leo Inse nach denen ein Kind gegen eine F beihilfe von 3000 Mark als eigen en war. Die vielen Dummen, die öflicherweise auf diese Annonce hi um sich in den Besitz der hohen

Auch für die Stadtverordnetenwahl

liegen jetzt die Listen auf

Der Magistrat teilt mit: „In dieser Woche, bis zum kommenden Sonntag einschließlich, findet die Auslegung der Wählerlisten für die bevorstehende Reichstags- und Landtagswahl

sowie für die Provinziallandtags- und Stadtverordnetenwahl statt, und zwar für das alte Stadtgebiet in der Lessing-Turnhalle, für das Stadtverweiterungsgebiet an 16 verschiedenen, durch Anschlag bekannt gegebenen Stellen.

Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß

jeder Wahlberechtigte die Pflicht hat

die Wählerlisten während der Auslegungs-

zeit einzusehen und bei fehlender oder falscher Eintragung seines Namens sofortigen Einspruch zu erheben.

Bei der Eintragung von rd. 460 000 Namen, die in wenigen Tagen vielfach durch nicht eingearbeitete Kräfte erfolgt ist, muß namentlich im Hinblick auf die zahlreichen Umzüge mit Weglassung oder falscher Schreibart einer Reihe von Namen gerechnet werden;

wer im gegebenen Falle den Einspruch nicht erhebt, hat sein Wahlrecht verwirkt.

Spätere Klagen und Beschwerden sind nutzlos. Jeder Wahlberechtigte muß sich also in diesen Tagen von der richtigen Eintragung seines Namens in die Liste entweder selbst überzeugen oder eine andere Person mit der Einsichtnahme beauftragen.

Eine Berliner Korrespondenz verbreitet eine angeblich von unrichtiger Seite stammende Meldung, nach der für diejenigen Wahlberechtigten, die sich am 5. März 1933 nicht an ihrem Wohnsitz befinden, sowohl für die Reichstags- wie auch für die Preußenwahl je ein besonderer Wahlschein nötig ist.

Da diese unrichtige Mitteilung auch in Breslauer Zeitungen veröffentlicht worden ist, weisen wir auf nachstehende Bestimmung hin, die dem Ministerialblatt für die Preussische

Vergiß nicht heute Abend in die Partaischule zu gehen

20 Uhr im Heim Sonnenstraße 39
Genosse Walter Fabian spricht!

Innere Verwaltung vom 10. Februar 1933 entnommen ist:

Sofern nicht von den Stimmberechtigten die Ausstellung getrennter Stimm-(Wahl-)Scheine beantragt wird oder lediglich eine Stimmabgabe für die Reichstagswahl in Frage kommt, ist es unbedenklich für beide Wahlen nur einen Stimm-(Wahl-)Schein auszugeben. Der Vordruck für diesen gemeinsamen Schein hat im Kopf zu lauten:

Stimm-(Wahl-)Schein zur Reichstagswahl — Preussischen Landtagswahl — am 5. März 1933.

Prolet gasvergiftet

Der Bahnarbeiter Hugo K. und seine Ehefrau wurden in ihrer Wohnung in der Gräbschener Straße gasvergiftet aufgefunden. Sie wurden nach dem Wenzel-Hancke-Krankenhaus geschafft, wo der Tod des Mannes festgestellt wurde. Die Ehefrau ist noch am Leben, hatte aber Dienstag vormittag die Besinnung noch nicht wieder erlangt. Ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, bedarf noch der Klärung.

Wo wählen

die Freidenker-Genossen am Sonntag?

Wir wählen am Sonntag, den 26., in der Zeit von 10 bis 17 Uhr in folgenden

Lokalen:

- Innere Stadt: Restaurant „Stadt Leipzig“, Ursulinerstraße,
- Nikolaitor: Restaurant Mally, Westendstraße,
- Pöpelwitz: Restaurant „Kurgarten“, Frankfurter Straße,
- Odertor: Restaurant Kluge, Mehlgasse,
- Scheintiger Vorstadt: Restaurant Lamert, Brigittental,
- Zimpel: Restaurant Wittke, AOK,
- Ohlauer Tor: Restaurant Görlich, Löschstraße,
- Strehleiner Tor: Restaurant Schmidt, Hubenstraße,
- Süden: Restaurant Haschke, Kronprinzenstraße,
- Gräbschen, Restaurant Klante, Hochstraße.

Was wählen wir?

Wir wählen „Liste 2“

Verbandseinheit und Wahrung der Mitgliederrechte!

Wer erst einmal an Juno gewöhnt ist,

wird sich nie wieder von ihr trennen, weil der

JUNO-RAUCHER

immer aufs neue von dem wundervollen Aroma ihrer edlen Tabake gefesselt wird.

Wesensfremde Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine und Stickerereien haben für Juno-Freunde keinen Reiz,

denn sie wissen genau, daß Juno diese Zugaben ausschließen muß, um ihre Qualität unantastbar zu lassen.

Das ist Juno's Plus!



Gegen die Lügen der „Nationalsozialistischen Schlesischen Tageszeitung“

In der nationalsozialistischen „Schlesischen Tageszeitung“ vom 15. Februar d. J. finden wir im Zusammenhang mit der Angelegenheit der Nachzahlung von Magistatsgehältern in einem größeren Artikel unter der Überschrift „Neue Einzelheiten über die „Unterschiedsbeiträge““ folgenden Absatz:

„Der Kostenaufwand für die nachgezählten Beträge beläuft sich nicht nur auf 25.000 RM, sondern auf fast 40.000 RM. Unsere lieben „Freunde“, die Muster-Parteibuchbesitzer Bürgermeister Mache und Stadtrat Schramm, sind selbstverständlich auch daran mit gehörigen Bröckchen beteiligt.“

Sozis und SAPler, glaubt Ihr noch an Eure Führer?“

Wir stellen fest, daß diese Anschuldigungen gegen unseren Genossen Schramm von A bis Z erlogen sind.

Genosse Schramm hat weder einen Antrag auf Nachzahlung von irgend welchen Beträgen gestellt noch jemals auch nur einen Pfennig erhalten.

Aufgehobenes Zeitungsverbot

Waldenburg, 22. Februar.

Auf Beschwerde des Verlags hob der 5. Strafsenat des Reichsgerichts, wie aus Leipzig gemeldet wird, das Verbot der „Schlesischen Bergwacht“ auf.

Achtung!

Presse-Anteilscheine

über RM. 10.- mit Abschnitten zu RM. 1.-, 0,50 und 0,25, sowie Presselondmarken zu 10 Pfg. sind beim Verlag vorrätig. Überall muß der Vertrieb gut organisiert werden. Bestellungen sind umgehend an den Verlag zu senden. Kampfbereit!

SAZ-Geschäftsleitung

Wer, warum, wie?

Hindenburg, 22. Februar.

Eine bürgerliche Meldung besagt: „Im Laufe des Mittwochs kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten. Im Verlauf derselben wurden, wie die Polizei meldet, zehn Personen leicht und vier Personen schwer verletzt.“

Eine typische bürgerliche Meldung. Wer hat wen angegriffen? Wer hat provoziert? Wer ist verletzt worden? Anscheinend keine Nazis, denn sonst hätte man es — die bisherigen Beispiele bestätigen das — groß aufgemacht.

2 tödliche Verkehrsunfälle

Ein Prolet überfahren

Breslau, 21. Februar.

Am Dienstag vormittag stürzte infolge der Straßenglatte der Arbeiter Alfred Sündermann aus Breslau am Wachtplatz mit seinem Fahrrad vor ein Lastauto. Er wurde überfahren und auf der Stelle getötet.

Oels, 21. Februar.

In Groß-Zöllnig wurde der fünfzehnjährige Bruno Jarrasch von einem Auto überfahren und so schwer verletzt, daß er nach einigen

Akademie der Feiglinge

Zu unserer gestrigen kulturpolitischen Rückschau ist nachzubogen, daß man die bekannte proletarische Graphikerin und Malerin Käthe Kollwitz und dem linksdemokratischen Romancier Heinrich Mann unter Druck, dessen nähere Charakterisierung wir uns hier ersparen müssen, zum „freiwilligen“ Ausscheiden aus der Akademie der Künste gezwungen hat — nur deshalb weil die beiden eine Kundgebung für die Einheit des Proletariats unterzeichnet hatten.

Der preußische Unterrichtsminister Rüst hatte dem Präsidenten der Akademie Max von Schillings angekündigt,

daß er die Akademie oder zumindestens die Sektion der Dichtkunst auflösen werde, wenn Heinrich Mann und Käthe Kollwitz nicht ausgeschlossen würden.

Um dies zu verhindern, sind die beiden „freiwillig“ ausgeschieden. Der Berliner Stadtbaurat Dr. Wagner hat sich diesem Schritt angeschlossen.

Man hätte nun erwartet, daß die Mitglieder dieser Akademie gegen dieses Vorgehen des Herrn Unterrichtsministers in geschlossenem Front protestiert hätten oder zumindest sich mit Heinrich Mann und Käthe Kollwitz solidarisiert. Aber nichts von alledem.

Die Telegraphenbüros melden, daß die Abteilung Dichtkunst der Akademie der Künste zusammengebrochen sei, um zu dem Ausscheiden von Käthe Kollwitz und Heinrich Mann Stellung zu nehmen.

In der Aussprache sei man übereingekommen, den Streifffall ganz unpolitisch behandeln zu wollen. Es werde kein weiteres Mitglied der Dichterkademie seinen Austritt erklären.

Einstimmig sei eine Erklärung angenommen worden die Heinrich Mann den herzlichsten Dank für seine Verdienste an die Akademie ausspricht. Diese Erklärung sei dem Präsidenten der Akademie der Künste, Professor v. Schillings, zugeleitet worden.

Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“, das Organ des österreichischen Reformismus, das wirklich nicht im Ruf von Heberrodikalität steht, schreibt hierzu:

Stunden im Krankenhaus starb. Der Wagenführer verlor die Gewalt über das Auto, das gegen einen Baum fuhr und schwer beschädigt wurde. Der Führer und eine Insassin wurden erheblich verletzt. Nach Zeugennussagen soll den Wagenführer keine Schuld an dem Unfall treffen.

Vier Schulen

wegen Grippe geschlossen

Oels, 22. Februar.

In Bernstadt mußten wegen zunehmender Erkrankung an Grippe sämtliche Klassen der katholischen Schule für eine Woche geschlossen werden.

Rosenberg, 22. Februar.

In Schönwald und in Karmunkau mußten die Schulen wegen zahlreicher Grippeerkrankungen geschlossen werden.

Neustadt O.S., 22. Februar.

In Friedersdorf blieben in den letzten Tagen über 90 Kinder dem Schulunterricht wegen Grippeerkrankung fern. Die Schule wurde daher bis auf weiteres geschlossen.

Erste Probe

Das Staubecken Ottmachau

Oppeln, 22. Februar.

Der in der vergangenen Woche eingetretene Frost und die Wiederherstellung der Stau auf der oberen Oder hatten die Zuflutungen der Mitteloder so stark vermindert, daß die im Breslauer Bezirk liegenden und

„Wenn diese Meldungen richtig sind — und man kann an ihrer Richtigkeit nicht zweifeln, denn außer Thomas Mann hat kein einziger deutscher Dichter ein Wort des Protestes gegen die Kuerchtung des deutschen Geistes durch das faschistische Bananenthum gefunden —

so hat sich die lebende deutsche Dichtergeneration für alle Zeiten mit Schimpf und Schande bedeckt.“

Der Präsident der Dichterkademie wird von einem ... In dieser Stelle steht eine Charakterisierung des Reichskommissars, die wir infolge der in Deutschland herrschenden Presse-„Freiheit“ nicht bringen dürfen Reichskommissar aus der Akademie hinausgeworfen weil er eine Kundgebung für die Einheit des Proletariats unterzeichnet hat. Und die Mitglieder der Akademie erklären, diesen frechen Heberatiff als ganz unpolitischen „Streifffall“ behandeln zu wollen.

Man könnte diese Feigheit nicht einmal dann verzeihen, wenn in der Dichterkademie lauter arme Teufel säßen, die um ihren Erwerb zittern.

Aber unter ihnen sind angesehenere Schriftsteller, die aus ihrer literarischen Tätigkeit reiche Einkünfte beziehen. Nicht aus Not kuscheln sie sondern um sich mit den Herrschenden zu verhalten. In der ganzen deutschen Geistesgeschichte — selbst nicht im Weltkrieg — als sich deutsche Wissenschaft und deutsche Dichtkunst patriotisch protestierten — findet sich kein Beispiel solcher Schmach.

Es ist fast genau ein Jahrhundert her, daß der König von Hannover die Verfassung seines Landes gebrochen hat. Damals fanden sich an der kleinen Göttinger Universität sieben Professoren, unter ihnen die Brüder Grimm, die Amt und Würden hinwarfen und gegen den Verfassungsverstoß protestierten. Die Verfassungsverstöße, die heute in Deutschland an der Tagesordnung sind, nehmen die bürgerlichen Vertreter der deutschen Geistigkeit schamlos hin. Und wenn ihnen ... ins Gesicht speckt so sagen sie es war unpolitisch. Damit werden sie vielleicht ihre Pfünden retten, ihre Ehre haben sie verloren.“

bereits aus der Mitteloder befindlichen bodenden Talkähne ihre Fahrt nicht mehr fortsetzen konnten und teilweise im freien Strom festgeworden sind.

Die Oderstrombauverwaltung hatte sich daher entschlossen, zum ersten Male die inzwischen im Staubecken Ottmachau aufgespeicherten Wassermengen zur Hilfeleistung der festliegenden Schifffahrt zur Verfügung zu stellen. Es wurde angeordnet, ab 18. d. M. 24 Stunden lang etwa 21 Kubikmeter sekundlich Wasser abzulassen und außerdem die Haltungen der oberen Oder von Krempe abwärts vorübergehend etwa 1,20 Meter unter Normalstau abzusenkten, wodurch die Schifffahrtseröffnung auf der oberen Oder sich etwas verzögerte, da allmählich die Stau erst wieder hergestellt werden mußten.

Diese Maßnahme die gleichzeitig eine erste Probe für die Wirkung des Staubeckens Ottmachau darstellt, brachte eine wirksame Hilfe für die auf der Mitteloder teilweise gefährdeten Talkähne. Der Wasserstand in Dyhernfurth hob sich vom 19. bis 20. Februar um 17 Zentimeter. Da gleichzeitig die Wasserstände in Ratibor in der Zeit vom 17. bis 20. Februar um 20 Zentimeter abgefallen sind, ist der Beweis erbracht, daß die Welle der Mitteloder hauptsächlich durch das Zuschulwasser von Ottmachau verursacht worden ist. Seit dem 20. Februar mittags werden von Coselhafen beginnend die Stau nach und nach wieder angezogen, jedoch besteht infolge des niedrigen Wasserstandes in Ratibor wenig Aussicht, noch im Laufe dieser Woche den Verkehr im Oppelner Bezirk wieder aufzunehmen. Im Brieger und Breslauer Schleusenbezirk ruhen die Schiffsbewegungen vorläufig ebenfalls.



Lobetheater

Kleist: Prinz von Homburg

Unsere prinzipielle Stellungnahme zum „Prinzen von Homburg“ ist an anderer Stelle gegeben worden. Wenn noch einmal das Wort dazu ergriffen wird, so geschieht es, um die schärfste Mißbilligung gegen die Aufführung auszusprechen. Nicht allein weil bei den heutigen Verhältnissen das Drama im Sinne der legendären Fälschung mißverstanden werden muß und der unfreiwilligen Unterstützung der Konterrevolution gleichkommt, sondern auch weil das Motto „Der deutschen Bühne zum Trotz“ mit dem die Volksbühne das Drama gerechtfertigt hat unseren Bedenken Nahrung gibt. Diese Rechtfertigung zeigt die gleiche Gesinnung, die Herrn Eggers Auszeichnung mit dem Roten Adlerorden an den Liffakseulen plakatiert hat um den deutschen Spieler zu locken eine Gesinnung, die man niedriger hangen müßte, wenn sie sich nicht von selbst rechtfertigen würde.

Die Aufführung wurde den Anforderungen der Kleistschen Sprache nicht gerecht und kam auch im Schauspielersinn nicht über den Durchschnitt hinaus. Werner Lutz traf die vertraute Schwärmer des Titelhelden, nicht den heldischen Schwung und sein stolzes Mannesstum. Im Spiel eindrucksvoller stürten die Herten von Junges Sprache. Aus der Stufenfolge profanischer Charaktere sah Karl Eberhard die weitestgehende Biederkeit des ergrauten Kollwitz, leider mit solcher Lautheit, daß er zeitweise die Stimme verlor, und Hermann Menschel den Grafen Hohenollern, während Käthe Habel-Reimers sich in die Rolle der Kurfürstin und mütterlichen Gönnerin fiigte. Eine Fehlbesetzung war die Rolle Nabelens, der zärtlichen, schau laufenden Geliebten des Prinzen, mit Ria Rose. Am besten noch die gebänderte Kraft, unerschütterlich und ruhiger zugleich, die der Kurfürst Paul Kfiners verriet. Für die Rege zeichnete Paul Barnay. E.K.

Breslauer Volksbühne, e.V.

Breslauer Volksbühne e.V. Im Rahmen der Sonderveranstaltungen der Volksbühne findet am Donnerstag den 2. März im Mozartsaal ein Konzert mit Kammer-Orchester unter Leitung von Werner Joachim Dickow und unter Mitwirkung von Gerda Specht (Gesang) und Max Auerbach (Klavier) statt. Eintrittskarten für Mitglieder zum Mitgliedspreis von 75 Pfg. in der Geschäftsstelle, Schwelbitzter Straße 8a für Nichtmitglieder zum Preise von 1 Mk und 1,25 Mk auch bei Hainauer.

Kleine Sportnachrichten

Freie Schwimmer Breslau: Sonntag, 26. 2. Treffpunkt zum Frauenausflug 14 Uhr an der Hindenburgbrücke. — Männerausflug 14 Uhr, Endstation Linie 18, Zimpel. Jugendabteilung: Montag, 27. 2., 20 Uhr, im G.W. Zimmer 10 Vortrag des Gen. Pang Fai Tao über China. Wasserball: Am 28. 2. Serienspiel Nord II—West I bereits um 20.05 Uhr vor dem Jugendspiel. Abt. Nord: Donnerstag, 23. 2., 20 Uhr, im G.W. Wasserballversammlung. Anschließend Handballersitzung.



Bezirk Mittelschlesien
Sekretariat: Breslau Gartenstraße 21 III
Telephon 567 68

Stadtteil Nord-Ost: Der für heut angesetzte Kursus kann nicht stattfinden, da der Referent am Erscheinen verhindert ist. Neuer Termin wird bekannt gegeben.

Die Stadtteilversammlung Ost findet heute abend nicht statt.

STADTTHEATER

Götterdämmerung

Freitag, 19.30 — 21.15

Tango im Mitternacht

Sonntagabend, 19.30 — 21.15

Abonn.-Vorstr. G 11

Tonnhäuser

LOBETHEATER

Figlich 20.15 — 22.4

Prinz Friedrich von Homburg

GERHART-HAUPTMANN THEATER

Täglich 20.15 — 22.15

Donna Diana

Kleine Anzeigen

in der SAZ sind erfolgreich und billig!

Kleine Anzeigen

Sind komplexe rechtliche Angelegenheiten, Verträge, Kartensuchen, nur von Privat. 3 Pfg., letztes Wort 1 Pfg.

Junger Genosse sucht möbl. Zimmer

mögl. im Süden. Preisangebote unter A. 109 an die Geschäftsstelle der Zeitung.

Am 20. Februar verschied nach langem schwerem Leiden unsere Genossin

Marta Becker

im Alter von 43 Jahren.

Wir verlieren in ihr eine treue Mitkämpferin für die Sache des Proletariats.

Sozialistische Arbeiter-Partei Ortsgruppe Breslau und Distrikt 14

Einäschung: Freitag, 14 Uhr, Krematorium Gräbschen.

SAZ-buchvertrieb

breslau 5 • gartenstraße 21

marx, engels, lassalle und lenin elementarbücher besonders preiswert

naturwissenschaftliche schriften des „urania“-verlages

diverse freidenker-literatur

soeben eingetroffen: „roter pionier“ des sjv. heft 2 mit beiträgen zum thema: die rolle der partei von liebermann, goldenberg, franz bobzien walter böpel u. a. preis 10 pfg.

Verantwortlich: Werner Thalheim Breslau.

Inserate: Herbert Scholz Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlag s. G. m. b. H., Breslau; Lohn- und Druck Th. Schatzky A. G. Breslau; Neue Graupensstraße 7.

Expedition: Breslau Gartenstraße 21 3 Treppen

Telephon 206 02

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt

Breslau 5, Gartenstr. 21. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder auf das Konto „Sozialistische Arbeiter-

Zeitung“ bei der Städtischen Sparkasse Breslau

Konto-Nr. 4:3366

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres

Tarifes.

Redaktion: Breslau Gartenstr. 21. 3 Treppen.

Telephon 206 02.

Besugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und

RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen

RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter

Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto

monatlich.



Prinzipien-Erklärung

Aktionsprogramm

Mit einem Vorwort von Paul Frölich

Erhältlich im Partebüro bei den Zeitungshändlern und

Die Frauenmörder von Dortmund

Der Dortmunder Kriminalpolizei ist es — wie wir bereits gestern kurz in unserer Uebersicht „Was geschah?“ gebracht haben — in Zusammenarbeit mit der zentralen Mordkommission in Essen jetzt gelungen, Licht in die Ermordung dreier Personen zu bringen, die fast in gleicher Weise in eine Falle gelockt, beraubt und dann ermordet wurden.

Durch die Verhaftung des Kraftwagenführers Pieper kam man auf die Spur einiger Mittäter, die bei der Ermordung des Holzgroßhändlers Narowski die Hand im Spiele hatten. Pieper hat gestanden, daß er den Holzgroßhändler Narowski, nachdem dieser unter Vorspiegelung eines großen Holzkaufes in ein Auto gelockt worden war, an einer verabredeten Stelle dem ehemaligen Kutscher Schulte aus Dortmund ausgeliefert hatte. Schulte hatte auf das Auto Piepers, das den Holzhändler mitbringen sollte, an einer bestimmten Stelle in der Umgebung von Dortmund gewartet. Als der Wagen ankam, täuschte Pieper Benzinmangel vor und hielt an. Darauf trat Schulte mit vorgehaltenem Revolver aus seinem Versteck hervor, markierte einen Ueberfall und raubte dem Holzhändler Geld und Wertgegenstände. Dann stieg Schulte zusammen mit Pieper und einem dritten Mann, Scheer, wieder in den Wagen, in dem auch der gefesselte Narowski mit hinein genommen wurde, und man fuhr planlos in der weiteren Umgebung Dortmunds umher. Abends um 10 Uhr hielten sie in Holzwickede in einem kleinen Wäldchen. Hier wurde der Holzhändler aus dem Wagen geholt, an einen Baum gebunden und durch Schulte bewacht. Inzwischen fuhren die beiden anderen Komplizen zu dem Büro des Holzhändlers, stahlen dort mit Hilfe der in den Taschen des Ueberfallenen gefundenen Schlüssel aus dem Geldschrank mehrere Scheckbücher und kehrten dann zu dem Gefesselten zurück. Diesem wurden dann die Fesseln an den Händen gelöst und er mußte mehrere Schecks unterschreiben. Pieper und Scheer entfernten sich dann, während Schulte dem Holzhändler einen Knebel in den Mund steckte und ein Taschentuch übers Gesicht warf, damit er angeblich nicht schreien und nicht sehen konnte, wohin sich die Täter entfernten. Dann aber legte

Schulte dem Holzhändler noch einen Strick um den Hals und erdrosselte ihn. Später wurde der Tote dann in eine in der Nähe befindliche Grube geworfen und mit Zweigen zugedeckt. Dadurch, daß ein Gärtner das Auto in der Morgenfrühe beobachtet und sich die Nummer gemerkt hatte, ist dann die Kriminalpolizei auf die Spur der Verbrecher gekommen.

Bei dem Verhör Piepers verriet dieser seine Helfer. Scheer war bekanntlich gleichzeitig mit Pieper in Selb verhaftet worden, während Schulte noch nicht gefaßt werden konnte. Die Kriminalpolizei stellte dann im Laufe des Verhörs fest, daß

Scheer bei zwei anderen Morden der Mittäterschaft verdächtig ist.

Scheer ließ in den Zeitungen Anzeigen erscheinen, in denen Hausangestellte gesucht oder eine Heirat angeboten wurde. Die sich darauf meldenden Frauen wurden zu einem Vorortbahnhof Dortmunds bestellt und von Scheer in Empfang genommen. Er führte die Frauen dann stundenlang in die Irre bis zu einer Stelle, die er mit Schulte verabredet hatte. An diesem Treffpunkt übernahm nun Schulte die weitere Behandlung der Opfer. Mit der Frau Schur aus Hagen ging Schulte zu einer einsamen Stelle und

schlug ihr von hinten mit einem kleinen Beil den Schädel ein.

Die Leiche verscharrte er dann, nachdem er sie ihrer Wertsachen beraubt hatte.

Ein weiteres Opfer war die aus Herford stammende Hausangestellte Schneidder. Sie war auf einen Brief von Schulte nach Dortmund gefahren und von Scheer in Empfang genommen worden.

Dann wurde sie in die Gegend von Huckarde geführt und dort von Schulte ermordet und verscharrt.

Einige andere Frauen, die auch nach Dortmund gelockt worden waren, entgingen diesem Schicksal nur dadurch, daß sie einen zu ähnlichen Eindruck machten. In einem Falle war eine Frau nach planlosem dreistündigen Heimtun bis nahe an die Stelle gebracht worden, wo Schulte stand. Die Frau schöpfte aber in diesem Augenblick Verdacht und wandte sich an einen Bauernknecht um Hilfe. Daraufhin ergriff Scheer die Flucht.

Die Kriminalpolizei verfolgt weitere Fälle, die mit den Mördern in Verbindung gebracht werden könnten und die bisher noch ihrer Aufklärung harren. Darunter ist auch der Fall Moser in Dortmund, in dem es sich um die Ermordung von drei Personen handelt, und einige andere in der weiteren Umgebung. Anhaltspunkte für die Täterschaft der Genannten sind bisher aber noch nicht gefunden worden.

Schulte und Scheer hatten bereits im Jahre 1919 auf der Zeche Unna in Königshorn einen Lohngeldraub ausgeführt, für den sie je sechs Jahre Zuchthaus erhalten hatten. Während Scheer seine Strafe im Jahre 1925 verbüßt hatte, verließ Schulte das Zuchthaus erst im Jahre 1929, da er in der Zwischenzeit einmal ausgebrochen war und drei Jahre lang nicht hatte gefaßt werden können.

Zu der Festnahme der Dortmunder Mörder äußert die Rheinisch-Westfälische Zeitung, daß der Leiter der Berliner Mordinspektion sich mit dem Polizeipräsidenten in Dortmund in Verbindung gesetzt hat, um festzustellen, ob Zusammenhänge zwischen der Mord-

Die Kleistlegende

zur Breslauer Aufführung des „Prinzen von Homburg“

Hätte die vaterländische Geschichtsklitterung den Weg zum Verständnis Kleists nicht verschüttet, die Nachwelt hätte sein Andenken würdiger zu ehren vermocht. Aber wie um Lessing, ist um Kleist eine Legende gebildet worden, die in dessen Werk lediglich die hohlen Idole von Vaterlandsliebe und wackerer deutscher Tugend zu sehen gelehrt hat, in der „Hermannschlacht“ den blindwütigen Haß gegen den welchen Feind, im „Prinzen von Homburg“ den Preußengeist, die Potsdamer Disziplin und was sonst mit dem Hohenfriedberger Marsch in Untertanenseelen geweckt zu werden pflegt. In dem Cheruskerdrama den Hader der Rheinbundfürsten, die egoistische, zum Verrat greifende Eifersucht des Königs von Sachsen, die zerstörerische Rivalität zwischen den Großmächten, Preußen und Oesterreich zu erkennen, ist diesen Zweckschreibern nicht eingefallen, auch nicht, wie sehr der furor teutonicus in diesem Drama nur ein Ventil für Kleists eigene, zum Zerreißen gespannte Natur, und wie tief endlich die deutsche Misere gewesen ist, wenn ein Dramatiker von solchem Rang die erst von der Bourgeoisie erkämpfte nationale Einheit, vorwegnehmend, in solche geschichtliche Formen gegossen oder für das entseelte Gegenüber seiner Triebe kein besseres Gleichnis als das vernichtende Gegeneinander nationalstischer Instinkte gefunden hat

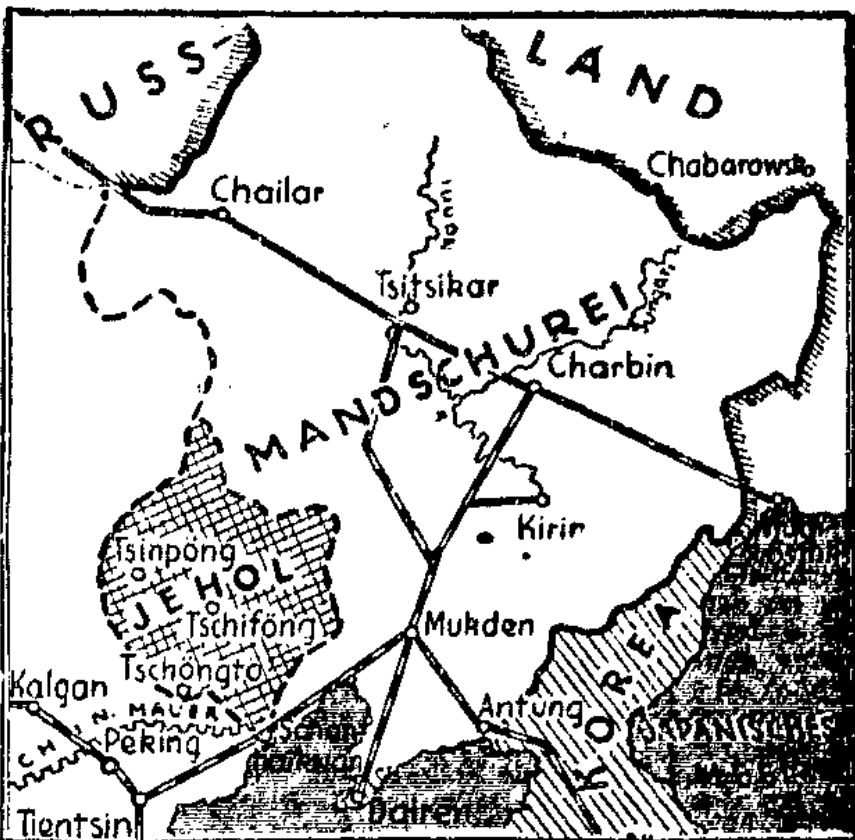
sache Schur/Schneider und einigen Kapitalverbrechen bestehen, die man in Berlin an Frauen verübt hat.

Wie die Zeitung weiter berichtet, hat der festgenommene Arbeiter Scheer seine Beteiligung an der Beseitigung der Leiche der ermordeten Emma Schneider zugegeben.

Verhaftung des Mörders

Dortmund, 22. Februar.

Wie die Polizei mitteilt, ist heute vor-mittag der frühere Kutscher August Schulte, der als Mörder des Holzhändlers Narowski aus Witten an der Ruhr, der Witwe Schur aus Hagen und der Hausangestellten Schneider aus Herford betrachtet wird, in Gronau verhaftet worden.



Zu den Kämpfen in China

Der Kriegs-Schauplatz

Ähnlich steht es mit dem „Prinzen von Homburg“. Die halb wohlwollende, halb helle Darstellung des Preußentums vom Kurfürsten bis zum Subalternen herab, spricht in dem Kleistischen Stück eine eindringlichere Sprache als der Patriotismus von gestern und heute sie wahrhaben möchte, nur um nicht einsehen zu müssen, daß er von den besten deutschen Köpfen bisher immer verlassen gewesen ist. Der blutleere Preußengeist, die bürgerlich-patriarchalische Nüchternheit der Zeit, sind niemals schärfer gezeichnet worden. Und was ist's mit dem Kurfürsten, den die vaterländische Historie vom Dichter so gern gegen den Prinzen ins Recht gesetzt haben will? Bei dieser Frage muß man Kleists abscondliche Natur verstehen, um zu wissen, daß auch dieses Drama kein historisches, sondern ein persönliches gewesen ist, d.h. ein Drama, in dem Kleist einen inneren Konflikt, freilich in einer zeitgemäßen Form als sonst, ausgegossen hat. Der Konflikt zwischen dem preußischen Soldatenfürsten und dem deutschen Traumbelden im „Prinzen von Homburg“ ist im Grunde nichts als der Konflikt zwischen dem absoluten, unbedingten Individuum und den Bedingungen der Gesellschaft, also ein in jeder gesellschaftlichen Ordnung denkbarer, unmenschlicher Konflikt, der Kleist damals bewegt hat. Kleist hat diesen Konflikt in der höheren Vernunft gelöst, indem er Eins nicht gegen das Andere stehen, indem er Individuum und Gesellschaft sich wechselseitig durchdringen ließ.

Aber es ist Kleists Verhängnis gewesen, schrieb schon Meiring, daß er durch Abstammung, Erziehung und Lebensberuf immer in Verhältnissen lebte, die seiner genialen Begabung so wenig gerecht werden konnten wie er ihnen. Und so kam es, daß gerade der von Kleist als öder und schickender Gemaschendienst bitter gekennzeichnete preußische Heeresgeist in Ermangelung anderer gesellschaftlicher Gegebenheiten in seinem reifsten Stück als der große gesellschaftliche Gegenspieler des Einzelnen erschienen mußte, daß sich dem aus dem Heeresdienst geflüchteten Dichter in Ermangelung besseren Wissens für den Ausdruck der Gemeinschaftslust, des Kollektivgefühls im Menschen, keine andere als die enge und starre Form des preußischen Pflichtbegriffes bot, daß der Traumbeld und trotzige Sonderling Kleist, als er den Heimweg in die bedingte Welt antrat, in der preußischen Wachtstube aufwachte. Kleist hat dieses tragische Verhängnis empfunden und Selbstmord verübt, obwohl man nicht verkennen darf, wie schwer seine spröde, verquere Natur auch unter anderen Verhältnissen die innere Befreiung gefunden hätte. Aber die herkömmliche Auffassung, daß Kleist vom Unglück des Vaterlandes zum nationalen und politischen Dichter gereift sei, daß sein verwüstetes Leben dadurch einen neuen und reichen Inhalt gewonnen, daß er sich mit der inbrünstigen Liebe eines großen Herzens fest an sein Volk geklammert und die herrlichen Werke geschrieben habe, sollte heut endgültig erledigt sein. Eben, um den drückenden Verhältnissen des Wirklichen zu entfliehen, flüchtet man sich ja so gern in das Reich der Phantasie, schrieb schon der Vater Theodor Körners mit Bezug auf die „Zeitverhältnisse“ zu einem der letzten Kleistschen Dramen. Kleist hat das Schicksal so vieler deutscher Geister geteilt, die überragend und der gesellschaftlichen Entwicklung weit voraussend, einst wie Goethe im Verzicht oder wie Christian Günther, Lessing, Hölderlin, Heine, Nietzsche, eines bitter einsamen Todes starben, um dann von den unbeauftragten Sachwaltern der Nation als Reklameschilder für ihr armseliges nationales Prestige mißbraucht zu werden. E. K.

Im Lande des Schreckens

Von MARIA LEITNER
Aus „Eine Frau reist durch die Welt“

Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wien 1932. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Er bezaubert vor den Kartenständern, den herrlich kolorierten Bildern leidenschaftliche Küsse und Umarmungen tausender von vollschlanken Damen und Herren in spitzen Schnurröschchen, die so wie sie bekleidet sind, Kostüme aus der Zeit der Jahrhundertwende tragen.

„Du schon wieder hier?“ Die Geniebesitzerin, eine dicke Negerin, die uns recht liebenswürdig zuglänzt hatte, schenkt seiner Protektion unfreundlich zu.

„Ihnen Kunden“, dann wendet sich die fruchtiger Entrüstung zu uns: „ne zanksüchtige Frau“.

„Was für eine Situationskomische Regierung würde sofort einschreiten.“

„Aber ist so entzückt, daß es sich loszureißen. Als er den Sträfling erfreut hinein und stellt

„Ich werde Kartoffeln für Sie kaufen, die man uns vorsetzt, sind ungenießbar.“

„Ich muß für Mr. Burr dolmetschen, er will wissen, warum Nummer Zwei hier ist.“

„Haben Sie vielleicht auch jemanden eine heruntergehauen?“ frage ich ihn.

„Ja, wieso wissen Sie es?“ staunt Nummer Zwei. „Ich bin lebenslanglich wegen einer Ohrfeige.“

„Endete sie auch mit dem Tode des Gelehrten?“ frage ich, weil ich nun schon etwas Erfahrung habe, was man hier unter harmlosen Benennungen versteht.

Gefangenen statt, wegen Schmetterlingen begibt man sich in Lebensgefahr, stolpert über Urwaldbüsch, versinkt in Sümpfen, um einem seltenen Exemplar nachzugehen.

Der Sträfling zeigt seine Füße, die voll Risse und Wunden sind, ja, es war keine leichte Arbeit, die Schmetterlinge zu fangen.

Die Schuhe, besser gesagt die Schuhlosigkeit der Sträflinge ist ein Kapitel für sich. Fragt man bei den offiziellen Kreisen, wieso eigentlich fast alle Gefangenen und auch „Libérés“ barfuß gehen, wird einmütig geantwortet: „Es hat gar keinen Zweck, ihnen Schuhe zu geben, sie verkaufen sie doch.“

Vorsichtigerweise aber will man die Gefangenen nicht in Versuchung bringen und gibt ihnen gar keine Schuhe, sogar dann nicht, wenn sie im Urwald arbeiten. Was das heißt, kann man nur verstehen, wenn man einmal versucht hat, ohne besondere Ausrüstung, hohe Schafstiefel, nur einige Schritte im Urwald zu tun. Die Gefahren sind nicht romantisch und man braucht nicht so sehr Schlangen wie Blattläuse zu befürchten. Diese Blattläuse verursachen schrecklich juckende Stiche, die wochenlang nicht vergehen, wenn man sie nicht mit Salben und sehr viel Puder behandelt, Dinge, die den barfüßigen Sträflingen bestimmt nicht zu Verfügung stehen.

Aber jetzt soll ja nicht von Blattläusen, sondern von Schmetterlingen die Rede sein. Der Führer Nummer Zwei hat sie in dreieckig zusammengefalteten Blättern, die dem Schultert einer Kindes entstammen, in einem Korb sorgsam aufbewahrt.

„Ich werde Kartoffeln für Sie kaufen, die man uns vorsetzt, sind ungenießbar.“

„Ich muß für Mr. Burr dolmetschen, er will wissen, warum Nummer Zwei hier ist.“

„Haben Sie vielleicht auch jemanden eine heruntergehauen?“ frage ich ihn.

„Ja, wieso wissen Sie es?“ staunt Nummer Zwei. „Ich bin lebenslanglich wegen einer Ohrfeige.“

„Endete sie auch mit dem Tode des Gelehrten?“ frage ich, weil ich nun schon etwas Erfahrung habe, was man hier unter harmlosen Benennungen versteht.

Aber Nummer Zwei versichert, daß der Schlag wirklich nicht schlimm war, er war

Fremdenlegionär und hat seinen Offizier geohrfeigt.

„Wenn ich gewußt hätte, daß es für mich so enden würde, hätte ich noch anders hinaus können.“

Er ist seit vierundzwanzig Jahren hier, seine Angehörigen sind in Kanada, und er bittet mich, auf der Rückreise einen Brief mitzunehmen, denn er will eine Eingabe machen, die ihn befreit. Er hat schon vieles versucht, aber er gibt die Hoffnung nicht auf, daß es ihm noch gelingen wird, von hier fortzukommen. Alle hoffen das, auch die Lebenslänglichen sind überzeugt, daß etwas geschehen wird, das sie errettet. Sie sprechen auch davon, daß die Strafkolonie aufgehoben wird, denn einmal müßte man doch einsehen, daß alles, was hier geschieht, Wahnsinn ist.

Auf der Straße sind jetzt viele Gefangene zu sehen, die arbeiten. Alle tragen das gestreifte Kleid mit der langen schwarzen Nummer über ihrer Brust. Woraus besteht ihre Arbeit? Sie zupfen Grashalme aus den Ritzen der Straßensteinen. Der Verkehr in den Straßen Saint-Laurents ist nicht groß genug, um das Unkraut am Wachsen zu hindern. Nun werden die Straßen von den Sträflingen „gereinigt“, um ihnen städtischeres Aussehen zu verleihen.

Chaplin würde diese Arbeit sicher auf ähnliche Weise verrichten, wie es hier die Sträflinge tun, vorsichtig jeden einzelnen Halm ausreißen und dann mit gravitätischen Bewegungen beiseite legen. Aber das Ganze wirkt nicht komisch, sondern schaurig. Denn wir haben achtunddreißig Grad im Schatten, doch es gibt keinen und die Sonne brennt höllisch. Die Sträflinge arbeiten von fünf Uhr morgens bis fünf Uhr nachmittags, ihre Arbeit ist sinnlos, sie verrichten nichts, aber sie gehen dabei zugrunde, und das Gras wächst weiter auf den Straßen Saint-Laurents.

Nun aber erscheint ein Mann, der gleichsam hier auftaucht, um zu entkräften, daß hier das Ende der Welt sei.

Er hält eine Klingel in der Hand und bimmelt mit aller Kraft, dann beginnt er mit einer Baritonstimme, die er keineswegs schon, eine lange Litanei:

„Ihr schönen Mädchen und Frauen von

Saint-Laurent, ihr jungen und nicht mehr ganz jungen, hört die freudige Nachricht, die ich euch zu verkünden habe. Im Warenhaus Zephirin, wer kennt nicht das schönste Geschäft in der ganzen Kolonie, im Warenhaus Zephirin sind soeben die neuesten Modelle aus Paris eingetroffen, bezieht euch alle, damit eure Freundinnen nicht die schönsten Exemplare vor eurer Nase wegschnappen.“

„Das ist unser Reklamefachmann, ein „Libéré“, sagt Nummer Zwei mit einigem Stolz. Wir können nun sehen, daß Saint-Laurent nicht so ganz von der Welt abgeschnitten ist. Er begrüßt den Bariton.

Mr. Burr will erfahren, seit wann und warum er hier ist.

„Seit zwölf Jahren. Der Grund: ich rede nicht gern davon, Madame, ich möchte Sie nicht verletzen, aber die Frauen richten viel Unheil an in der Welt.“

„Er hat seine Geliebte erschlagen“, flüstert Nummer Zwei.

Der Reklamefachmann klingelt und wieder ertönt seine Baritonstimme.

„Ihr tüchtigen Hausfrauen, ihr geschickten Dienstmädchen kommt, eilt zu dem Fleischer Bonnard; um euch gut zu bedienen, ließ er aus Brasilien das beste Mastvieh kommen.“

„Mastvieh möchte ich auch mal essen, ich weiß nicht, von wo man unser Fleisch herschafft“, sagt der Sträfling, „aber meist riecht es wie die Pest. Man gibt uns das Fleisch erst, wenn es verdorben ist.“

„Ja, ich hätte es mit meiner schönen Stimme auch zu etwas anderem bringen müssen.“

Wieder klingelt er und läßt seine Stimme ertönen.

„Erwachsene und Kinder, Herren und Damen, gebt euch ein Rendezvous heute abend Punkt acht Uhr im Grand-Cinéma de Saint-Laurent. Seht euch an das spannendste Drama der Welt, den Raub des grünen Diamanten, herrlich, wunderbar, aufregend. Erst wird euch noch ein zwerchfellerschütterndes Lustspiel vorgeführt, zum Totlachen, zum Brüllen. Das ganze Programm großartig, einzigartig, noch nie dagewesen. Rendezvous heute abend um acht...“

(Fortsetzung folgt)

Betriebsräte-Vollversammlung

der Breslauer freigewerkschaftlichen Betriebsräte

Die bevorstehenden Betriebsratswahlen haben den ADGB-Ortsausschuss Breslau nach längem endlich veranlaßt, die Breslauer freigewerkschaftlichen Betriebsräte zusammenzurufen. Diese jahrelange Passivität hatte auch zur Folge, daß der Besuch der Versammlung viel zu wünschen übrig ließ. Dazu kam noch, daß die Ankündigung der Versammlung nur in der „Volkswacht“ erschien, obwohl der ADGB-Vorstand weiß, daß große Teile der Breslauer Betriebsräte nicht Leser der „Volkswacht“ sind.

Zum angesetzten Thema sprach Kollege Dr. Stammer. Er wies darauf hin, daß die diesjährigen Betriebsratswahlen einen besonderen Charakter besitzen, da diese Kreise nicht mit kapitalistischen Mitteln besetzt werden können und daher vor der Arbeiterklasse die Frage steht: entweder sozialistischer oder faschistischer Weg. Es erhebt sich daher die Notwendigkeit, bei der Wahl zu den Betriebsratswahlen die wirtschaftlichen Fragen mit den politischen zu verbinden. Der Faschismus machte große Anforderungen, mit Hilfe der NSBO sich Kämpfe im Betrieb zu schaffen um so die Kräfte der Arbeiterklasse zu zerstören. Der Staat unterstütze sie dazu, so daß die Fronten klar seien. Die Erklärung Hillers, in zehn Jahren habe es keinen Marxismus, zeige, daß der Kampf gegen alles gehe, was mit der Arbeiterbewegung zu tun habe.

Unsere Antwort darauf müsse sein: Zusammenfassung aller Arbeiterorganisationen und Einheitsfront unter Führung der Gewerkschaften.

Dieser Parole standen aber die weiteren Ausführungen entgegen. Bei der Behandlung der Gegner im Betriebsratswahlkampf polemisierte er gegen die RGO in einer Art, die nicht zur Herausbildung einer kämpfenden Einheit führen kann.

Zum Schluß stellte Stammer als Parolen auf: Kampf gegen Faschismus auf Leben und Tod.

Zurückgewinnung der Demokratie (!),
Kampf für Umbau der Wirtschaft,
Kampf für den Sozialismus.

In der Diskussion

sprach zuerst Kollege E. (SAP). Man sei immer gegen die Kollegen aufgetreten, die die heutige Entwicklung als Folge der SPD-Politik vorausgesagt hatten. Jetzt seien diese Befürchtungen zur Tatsache geworden. Schuld daran sei auch die falsche Politik der Gewerkschaftsführung und man dürfe daher nicht nur gegen die KPD polemisieren, sondern müsse einsehen, daß man Fehler gemacht habe. Zum Schluß legte er eine Entschuldigungsverordnung vor, in der der ADGB beauftragt wurde, zentral und örtlich Verhandlungen mit der SPD, KPD, SAP und den proletarischen Massenorganisationen einzuleiten, in denen die praktischen Maßnahmen des Kampfes gegen den Faschismus beraten und beschlossen werden sollen.

Th. (KPD): Stammer habe keinen organisatorischen Vorschlag gemacht. Der Hauptfeind sei der Kapitalismus. Der ADGB sage aber nur: Abwarten. Bei den Betriebsratswahlen werde sich die RGO überall dort mit eigenen Listen (!!) beteiligen, wo Aussicht auf Erfolg bestehe.

S. (SAP) betont, daß die Zeit kommen werde, wo sich in den Betrieben der Kampf entscheiden werde. Dafür gelte es zu rüsten. Die Gewerkschaften können nur dann die Führung dabei haben, wenn sie eine Kursänderung vornehmen. Wenn St. gesagt habe, die Wirtschaft sei reif für den Sozialismus, so müsse man erkennen, daß der Sozialismus nicht durch den Umbau der Wirtschaft, sondern nur durch den Kampf der Arbeiterklasse um politische Macht erreicht werden könne. Die Taktik der KPD sei falsch, durch ihre RGO-Listen werden die Kräfte der Arbeiterklasse zersplittert.

Kollege R. (SAP): Wenn heute die Faschisten ganz offen erklären, daß sie freiwillig nicht von der Macht weichen würden, so zeige das die ganze, der Arbeiterklasse drohende Gefahr. In diesen bevorstehenden Kämpfen seien die Betriebe von entscheidender Bedeutung. Der Kampf werde nicht in den Gewerkschaftshäusern, sondern in den Betrieben entschieden werden. Die Gewerkschaften tragen eine unehrerliche Verantwortung. Sie seien am besten imstande, die proletarische Einheit herzustellen. Dazu sei aber notwendig, Schluß zu machen mit ihrer bisherigen Praxis und auch den RGO-Arbeitern die Hand entgegenzustrecken. — Kollege Qu. (KPD) unterstützt die von E. (SAP) eingereichte Entschuldigungsverordnung.

Die Stimmung der Versammlung veran-

laßte nun den Gewerkschaftsangehörigen Meise in der nächsten Zeit gegen die oppositionellen Kollegen aufzutreten. Er warf ihnen Unelichkeit vor und beschuldigte sie des Komplexes zur Zerstörung der Gewerkschaften. Sie seien schuld an der Lage der Arbeiterschaft.

Auch Kollege K. (SPD) hatte in dieser Situation keine anderen Sotinen, als aus persönlichen Gründen gegen unseren Genossen Sch. in allgemeiner Art aufzutreten. Die Arbeiter seines Betriebes werden sich noch mit diesem Menschen beschäftigen.

Stammer verteidigte in seinem Schlußwort alle reformistischen Taten des ADGB. Er forderte alle auf, Vertrauen zu fassen, zu haben sie werde schon in entscheidenden Momenten die notwendigen Parolen herausgeben. Stammer sagte dies, trotzdem er zugeb, daß auch er sich nicht klar sei, ob die Führung die Situationen nicht schon verpaßt habe.

Bei der Abstimmung gelang es Ruffert durch die üblichen Matzchen die Annahme der Resolution zu verhindern. Auf solche Kunststücke mag Ruffert sehr stolz sein, aber er und seine Freunde beweisen damit nur, daß ihnen an der Einheit, am wirklichen Kampf nichts liegt.

Sie sehen auch jetzt noch in den Betriebsrats- und Gewerkschaftsveranstaltungen eine reine SPD-Sache. So wurde zum Beispiel

dem Berichterstatter der „SAZ“ von Ruffert selbst der Eintritt verweigert

mit dem Argument, wir brauchen hier keine Presse. Gleichzeitig aber sah der „Volks-

wacht“-Berichterstatter am Vorstandstisch. Bei diesen Methoden haben die Faschisten gute Zeiten. — Die Betriebsräte-Vollversammlung sollte zu einem Signal und Auftakt des geschlossenen Abwehrkampfes der ganzen Breslauer Arbeiterklasse werden — die Rufferts haben sie zu einer kraft- und wirkungslosen SPD-Veranstaltung gemacht.

Aus Frankfurter Betrieben

Es gibt immer noch einzelne Wirtschaftszweige, die trotz der Krise eine relativ hohe Produktionsziffer aufweisen können. Dazu gehören von den Frankfurter Betrieben die Adler-Werke.

Der Direktor Hagemeier äußerte sich anlässlich der Automobilausstellung in Berlin über den Stand der Produktion. Danach lag der Gesamtumsatz im Jahre 1932 um 8 Prozent höher als im Vorjahr. Die Firma will sich der Fabrikation von Lieferwagen mehr als bisher zuwenden. Auf Grund eines internationalen Gemeinschaftsvertrages sei ihr ein guter Absatz ins Ausland gesichert, so daß auch die Fabrikation von Lastwagen bis zu 2,5 Tonnen aufgenommen werden konnte.

Wenn von einzelnen Gewerkschaftsführern immer wieder gesagt wurde, daß in der Krise Lohnkämpfe nicht mit Erfolg durchgeführt werden könnten, so zeigt sich hier an dem Beispiel der Adlerwerke — von anderen Argumenten gegen diese Anschauung ganz zu schweigen —, daß es durchaus noch eine Reihe von kleineren und größeren Betrieben gibt, bei denen Streiks die Unternehmer angesichts guter Beschäftigung zum Nachgeben zwingen können. — Ähnlich wie bei den Adler-Werken liegen übrigens die Verhältnisse bei Opel in Rüsselsheim. Auch dort soll die Produktion in diesem Jahre infolge größerer Exportmöglichkeiten gesteigert werden.

Nazi-Niederlage

Im Städtischen Schwimmbad haben die

ersten Betriebsratswahlen

stattgefunden. Wir hoffen, ihr Ergebnis ist ein gutes Vorzeichen für die anderen Betriebe. Während sich bisher der Betriebsrat aus 5 Nationalsozialisten zusammensetzte, ergab die Abstimmung jetzt die Wahl von vier freigewerkschaftlichen Organisierten und nur eines Nationalsozialisten.

Wenn auch diese Wahl nur einen Einzelfall darstellt, so zeigt sie doch, daß der Vormarsch der Nationalsozialisten in den Betrieben, der zeitweilig zu verzeihen war, zum mindesten abgestoppt zu sein scheint, besonders da, wo sie ihre arbeitervertreterischen Künste schon in der Praxis zeigen konnten. Das ist von um so größerer Bedeutung, als die Betriebe heute die letzte und stärkste Machtposition des Proletariats sind, ein

Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub!

Achtung! Betriebsratswahlen in Breslau

Da für die Betriebe in Groß-Breslau der 25. bis 27. März 1933 als Wahltag für die Betriebsvertretungen festgesetzt sind, gelten die nachstehend aufgeführten Daten als letzte Termine für die einzelnen Amtshandlungen.

25. Febr.: Bestellung des Wahlvorstandes.
 4. März: Aushang des Wahlausschreibens;
 5. 7. März: Frist zur Einsichtnahme in die Wählerlisten;
 11. März: Einreichung der Vorschlagsliste;
 14. März: Bekanntmachung, daß keine Stimmabgabe notwendig wird, falls nur eine Vorschlagsliste eingereicht wurde;
 22. März: Auslegung der Vorschlagsliste;
 25. März: Erster Wahltag;
 26. u. 27. März: Wahltag für den besonderen Bedarf (Montagearbeiter von außerhalb, Großbetriebe und ähnliche);
 27. bzw. 28. u. 29. März: Feststellung des Wahlergebnisses und Mitteilung an die gewählten Betriebsvertreter; alsdann vierzehntägiger Aushang des Wahlergebnisses.
- Binnen der ersten Woche nach der Wahl: erste Sitzung des Betriebsrates.
8. bzw. 9. u. 10. April: Endtermin für den Aushang der Bekanntmachung des Wahlergebnisses.

Machtfaktor, gegen den auch die Polizei und die Reichswehr letzten Endes ohnmächtig sein werden.

Wichtig! Wahltermine!

Für Frankfurt sind die Neuwahlen der Betriebsräte für die Woche vom 21. bis 28. März 1932 ausgeschrieben. Es ist uns unmöglich, hier alle die Bestimmungen aufzuzählen, die dabei zu beachten sind. Wir verweisen auf die diesbezüglichen Artikel in der „SAZ“. Folgende Fristen müssen eingehalten werden:

1. Erster Tag für Aushang des Wahlausschreibens 1. März
2. Ende der Einspruchsfrist gegen die Richtigkeit der Wählerliste 4. März
3. Ende der Listeneinreichungsfrist 8. März
4. Erster Tag der Stimmabgabe 21. März
5. Letzter Tag der Stimmabgabe 28. März

Die Sozialistische Arbeiterpartei tritt für die Einheit und Ueberparteilichkeit der Gewerkschaftsbewegung ein und lehnt die parteikomunistischen RGO-Listen ab. Wir fordern jedoch alle Kollegen auf, nur solche Arbeiter und Angestellte auf die freigewerkschaftliche Betriebsratsliste zu setzen, die dafür eintraten, daß die Gewerkschaften aus ihrer bisherigen Passivität zum Angriff übergehen und nicht mehr abwarten und den Kämpfen ausweichen.

Der Zechenverband in Essen hat die Tarife vom 31. März gekündigt. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit wird von hier aus, wenn die Arbeiterschaft dem nicht entschlossenen Widerstand entgegengesetzt, eine neue Lohnabbauwelle über ganz Deutschland hinweggehen. Wie eine Verbindlichkeitserklärung der Regierung Hitler-Hugenberg aussieht, brauchen wir hier nicht im einzelnen auszuführen. Es gilt die Gewerkschaften und die Betriebe für den kommenden Kampf kampfbereit zu machen, die Gewerkschaftsführer dürfen sich nicht wieder hinter einer Verbindlichkeitserklärung verkriechen, um damit ihre ewig abwartende Untätigkeit zu verdecken! Kollegen, kämpft überall — sei es bei den Vertreterwahlen in den Gewerkschaften, sei es bei der Aufstellung der freigewerkschaftlichen Betriebsratslisten — dafür, daß die Arbeit der Gewerkschaften von der Parole geleitet ist:

Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub!

Buchdrucker-Versammlung Liegnitz

Jahresbericht und Wahlen

Die Jahreshauptversammlung der Liegnitzer Buchdrucker wies einen Besuch von 120 Kollegen auf (insgesamte Mitgliedschaft 190). In der Vorstandswahl wurden der erste Vorsitzende Koll. Theodor Böck (SPD), der 2. Vorsitzende Koll. Walter Hollmann (SAP), der Kassierer Koll. Herbert Hartmann (SAP), der Schriftführer Koll. Willy Seefeld (SAP), der Bezirkslehrlingsleiter und Beisitzer Koll. Herbert Klose (SPD) und der Ortslehrlingsleiter Koll. Otto Buttke (SPD) wiedergewählt. Für einen scheidungs-gemäß auszuscheidenden Beisitzer tritt Koll. Richard Dubeck (SAP) neu in den Vorstand ein. Die Wahl ist nicht so sehr ein politisches

Vertrauensvotum, als Ausdruck der Anerkennung der Arbeit des Gesamtvorstandes, im besonderen in finanzieller Hinsicht, im vergangenen Jahre.

Mit dem früheren Brauch der Abhaltung sog. Vergnügens mit diversen Freibiermarken, meist „Feste“ gesellig und kulturell fragewürdiger Art, wurde schon lange Schluß gemacht. Dafür konnte die Notlage unserer erwerbslosen Kollegen, in erster Linie der völlig ausgesteuerten, wenigstens in etwas gemildert werden. Daß aber die oppositionellen Vorstandsmitglieder nicht nur die Arbeit um der Arbeit willen leisteten sondern sondern Einfluß im Sinne ihrer Auffassungen ausübten, ist selbst-

verständlich. (So war es u. a. möglich, auf der Bezirksversammlung im August v. J. als Referenten unseren Gen. Jakob Walcher-Berlin zu gewinnen. Er sprach zu dem Thema: „Krise — Faschismus — Gewerkschaften.“ Nie fand ein Redner in den Reihen der Kollegen eine derartige Aufmerksamkeit, und zum Schluß minutenlangen Beifall. In der Aussprache waren es ältere Kollegen, die feststellten, daß ein Referat solchen Niveaus (wörtlich!) auf Bezirksversammlungen noch nicht zu hören war.)

Der Vorschlag eines SAP-Kollegen, gegen die Ausschlüsse oppositioneller Kollegen in Düsseldorf und das angekündigte Einschreiten von „oben“ wider die oppositionelle Schreibweise der Nachrichten des Brandenburgischen Maschinensetzer-Vereins bei Gau- und Verbandsvorstand zu widersprechen, fand allseitige Zustimmung, nicht eine Stimme des Widerspruchs wurde laut.

In der Februar-Monatsversammlung lag auf unsere Meinungsäußerung betreffs der Düsseldorfer Ausschlüsse und der BMV-Nachrichten eine Antwort des Gauvorstehers Koll. Feige vor. Aus Feiges Schreiben klang keine große Sicherheit über die Mitwirkung beim Beschluß über die Düsseldorfer Ausschlüsse heraus. Er schreibt selbst, daß hier der diesjährige Verbandstag eine Korrektur vollziehen könnte. Es ist ihm durchaus nicht

Die Pflicht ruft!

Holzarbeiter

Heut 19 Uhr im Gewerkschaftshaus Generalversammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung. Jedes Verbandsmitglied muß zur Stelle sein.

übel zu nehmen, daß er weiter in dieser Frage auf die merkwürdige Haltung zweier Beisitzer im Verbandsvorstand (eines KPD- und eines SAP-Genossen, die den Ausschlüssen oppositioneller Kollegen zustimmten) etwas ironisch verwies. Die Einstellung dieser beiden Kollegen muß man mehr als bedauern. Durch einen SAP-Kollegen aus Gelsenkirchen (ein gebürtiger Liegnitzer), der nicht bloß persönlich von den Ereignissen in Düsseldorf berührt wurde, hörten wir durch Verlesen eines Briefes in unserer Versammlung ein abgerundetes Bild der dortigen Geschehnisse.

Erst in seiner letzten Nummer wendet sich der „Korrespondent“ scharf gegen die kritische Neujahrsbetrachtung des Herausgebers des „Gewerkschafts-Archiv“, Karl Zwing. Was da von wirklicher Demokratie usw. gegen Z. beweisführt wird, widerlegt eindeutig die Handhabung der Ausschlüsse in Düsseldorf.

Registriert aus dem Verlauf der Versammlung sei noch, daß in der politischen Diskussion alle Redner, gleich welcher Ueberzeugung, angesichts der Situation gemeinsamen Zusammengehens der Arbeiterorganisationen, im besonderen im Kampf gegen den Faschismus, forderten. Ein SPD-Kollege stellte unter Zustimmung fest, daß ein Verbot der KPD auch früher oder später auf die SPD genau so angewandt werden würde. Der Stimmzettel werde nicht die unausbleibliche Auseinandersetzung entscheiden. Seine Anforderung, jeder Kollege möge in den proletarischen Organisationen, denen er angehört, den Druck der Arbeiterschaft zur Einheitsfront für die kommenden Kämpfe verstärken helfen, damit man endlich auch „oben“ sich zusammensetze, wird von den SAP-Kollegen schon des längeren propagiert, bisher mit leider wenig befriedigendem Erfolg.

Delitzscher Rundschau

Auch in Delitzsch bemühen sich jetzt gewisse Kreise um die Bildung einer Truppe der sogenannten „Schwarzen Husaren“. Was sind das für Leute, hört man die Arbeiter fragen? Nun es sind Elemente, die den Nazis sehr nahe stehen, man sagt nicht zu viel, wenn man sie als eine nationalsozialistische Wach- und Schließgesellschaft bezeichnet. Die Delitzscher „Tante“ oder wie man sie noch nennt, unser „Delitzscher Stadtgrabenkurier“, schreibt, diese „Schwarzen Husaren“ sollen der Polizei hilfreich zur Seite stehen, da unsere Polizeikräfte ohnehin in Delitzsch ziemlich schwach wären, deshalb begrüßt die „Tante“ auch die Nazihilfspolizei. Die klassenbewußte Arbeiterschaft bedankt sich für solche Elemente.

Arbeiter des Nordviertels, passen! Die SA hat, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, in der Straße, im Grundstück des Richters, eine SA-Kaserne oder die Nazis es nennen, errichtet, sollen wahrscheinlich Ueberflüssig organisiert werden. Arbeit rechtzeitig vor dieser Gefahr in überparteilichen städtischen Häusern zusammenschließen eine Mahnung! Der TV „Die Naty Delitzsch, veranstaltet am 25. Februar vormittags 9 Uhr in der „Mühle“, eine Proletenfeier (Musik, Pantomime) Eintritt 10 und 20.

Versammlung SAP U

Wochenendkurs
25. 2. 19.30 — 23.00 Uhr
in Wilkau. Thema: Die proletarische Revolution.
11 Uhr. Berlin K.
Beschäftigte 30 Pfg

Achtung!

Alle Einzahlungen auf Postscheckkonto dürfen außer der Bezeichnung

Walter Geburt, Breslau 75 789

keinerlei Zusätze, wie SAZ, Sozialistische Arbeiter Zeitung tragen, da solche Ueberweisungen vom Postscheckamt nicht gutgeschrieben und an den Absender zurückgeschickt werden. — Wir bitten dies stets zu beachten, um Verzögerungen zu vermeiden. — Bei allen Giro-Ueberweisungen an die Städtische Sparkasse Breslau ist die Kontonr. 4:3366 anzugeben. SAZ, Geschäftsleitung!